

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 5.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar 1909.

Posen, den 9. Februar 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 24 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Januar 1909:**Betrifft die Landtagsrede des Abgeordneten Switala.**

Von dem Abgeordneten Switala aus Berlin erhalten wir das nachstehende Schreiben:

Geehrte Redaktion!

In Sachen des Artikels der geehrten Redaktion betreffend den neuen politischen Kurs teile ich der geehrten Redaktion ergebenst mit, daß ich mit dem erwähnten Artikel des Dziennik Berliński nichts gemein habe. Ich bin jedoch mit seiner allgemeinen Tendenz einverstanden. Dagegen weiß ich nichts davon, daß Verfasser dieses Artikels der Abgeordnete Napieralski gewesen ist, ich weiß jedoch, daß Herr Napieralski in politischer Hinsicht auf mich einen Einfluß weder ausgeübt hat noch ausübt. Ich hatte und habe den Ehrgeiz, mir meine politischen Überzeugungen selbständig zu bilden. Wenn ich jedoch in dieser Hinsicht jemandem mittelbaren Einfluß auf meine Überzeugungen zugestehen möchte, so sind das Leute, die mir weit näher stehen als Herr Napieralski z. B. Roman Dmowski usw.

Fürs erste enthalte ich mich einer weiteren Aufklärung meines politischen Standpunkts und ich verbinde hiermit den Ausdruck meiner wahren Wertschätzung der Redaktion.

Egidius Switala,

Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Abgeordnete Switala tat unseres Erachtens gut daran, daß er sich fürs erste einer weiteren Erläuterung seines politischen Standpunkts enthält. Schon beim vorigen Male haben wir die Hoffnung geäußert, daß der Abgeordnete Switala seine Ansicht betreffend die Aufgaben der polnischen Fraktion einer gründlichen Revision unterziehen werde, und heute geben wir der einer psychologischen Grundlage nicht entbehrenden Vermutung Ausdruck, daß der Abgeordnete Switala seine Anschauung wesentlich modifizieren wird. Dann wird sich auch eine öffentliche Diskussion vollziehen können ohne Schaden für die Volksgemeinschaft, ohne in deren mehr als genug schmerzende Seele die Quellen neuer Befürchtungen betreffs der prinzipiellen Richtung unseres politischen Denkens und unserer ganzen nationalen Selbstverteidigung aufzugraben.

Der Abgeordnete Switala will in seinem Briefe nun die Frage des äußeren Einflusses auf seine Person aufklären.

Was den Abgeordneten Napieralski betrifft, so waren wir stets davon überzeugt, daß er auf den Abgeordneten Switala einen unmittelbaren Einfluß nicht ausübe. Wenn wir vom „Vorschieben“ bzw. vom „Sichhalten im Hintertreffen“ gesprochen haben, so hatten wir auch keinen greifbaren unmittelbaren Einfluß im Auge — schon darum nicht, weil der Abgeordnete Napieralski im Reichstage, der Abgeordnete Switala im Landtage sitzt. — Aber hier handelt es sich um den mittelbaren Einfluß, dem der Abgeordnete Switala unterlegen ist — und zwar nicht allein unseres Erachtens sondern vor allem nach der Ansicht einer ganzen Reihe seiner Fraktionsgenossen. — Wir möchten übrigens nicht, daß ein Mißverständnis entstehe. Für den Abgeordneten Napieralski und seine persönlichen und bürgerlichen Tugenden haben wir alle Achtung, und wir haben nie daraus ein Hehl gemacht — wir können aber zu seinem politischen Denken kein Vertrauen fassen. Wir wissen doch gut, nach welcher Richtung hin das politische Denken des Abgeordneten Napieralski neuerdings ging in dem Zeitabschnitt, welcher der Beschließung des Enteignungsgesetzes voranging, und wir wissen, welcher Leitgedanke — natürlich in weiter Perspektive — dem Abgeordneten Napieralski auf dem Boden der Verhältnisse zwischen Polen und Zentrum daheim und bezüglich der Erweiterung der Tätigkeit der Fraktionen in Berlin voranleuchtet. Wir wiederholen nochmals, daß alles das beim Abgeordneten Napieralski der besten politischen Absicht entspringt, aber nicht minder heißt das auf Seiten der Volksgemeinschaft eine bedeutende Dosis Kritizismus, damit die Volksgemeinschaft nicht das werde, was die dem Abgeordneten Napieralski politisch so nahe stehende Köln. Volkszeitung die „beste Arznei gegen romantische Träume“ genannt hat.

Wir kommen zur zweiten Seite des Briefes des Abgeordneten Switala.

Er schreibt, daß, wenn jemand auf seine Überzeugungen mittelbaren Einfluß habe, dies der Vorsitzende der Petersburger polnischen Fraktion Roman Dmowski und dessen politische Freunde seien. Wenn wir aufrichtig sein sollen, so müssen wir zugeben, daß wir dieses Argument als Antwort auf unseren Artikel erwartet haben. Etwas anderes ist es, ob wir dieses Argument nicht etwa für den falschesten Vergleich ansehen, den man überhaupt ziehen kann.

Vor allem hat die Duma, sogar die gegenwärtige dritte Duma, welche die Rolle eines Regierungsausschusses spielt, tatsächlich noch kein einziges antipolnisches Gesetz beschloffen. Vom preussischen Landtage kann man das nicht sehr sagen.

Die maßgebende Partei in der Duma, die der Oktobristen, stellt sich zweifellos in politischer Hinsicht „undeutlich“ dar, schon darum, weil ihre persönliche

Zusammensetzung politisch sehr ungleichmäßig ist. Und dennoch wissen ihre besseren Elemente ungeachtet sehr schwieriger Verhältnisse, wenn auch nur hinter den Kulissen, ihren Einfluß nach der Richtung hin einzusetzen, daß es nicht nur zu keinem Konflikte mit der polnischen Fraktion kommt, sondern daß im Gegenteil das Projekt der Lostrennung des Chelmer Landes bereits vertagt worden ist, daß sogar die Hoffnung obwaltet, daß in nicht ferner Zukunft die Mehrheit der Oktoberisten der polnischen Fraktion in der Frage des Namens des Königreichs Polen sowie in Sachen der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung Unterstützung gewähren wird. Kann man hiermit die Haltung der Mehrheit des preußischen Landtages vergleichen?

Rußland lebt unausgesetzt noch im Übergangsstadium. Wer weiß, was das Morgen bringen wird? Um dieses Morgen tobt dort der Kampf, heute dumpf, heute noch nach rechts verschoben, denn die Oktoberisten verteidigen die auf dem Oktobermanifest aufgebaute Duma, während die extreme Rechte nach dem Zerschlagen der Duma, nach der Zurückziehung des Oktobermanifestes und nach der völligen Wiedereinführung des alten Standes der Dinge in Rußland strebt. Preußen lebt unter anderen Verhältnissen, es hat eine andere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Wir wissen genau, womit zu rechnen ist, womit wir rechnen müssen: mit einem konsequenten, unbittlichen System. Dieses System drückt uns, wenngleich wir alle staatlichen Pflichten erfüllen, seit Jahrzehnten, und zwar drückt es uns mit Hilfe von Gesetzen, die durch den konstitutionellen preußischen Landtag beschlossen worden sind, dessen Mitglieder zu zwei Dritteln uns politische Ausrottung geschworen haben. Dieses System, welches einen wesentlichen Teil der heutigen Politik und der heutigen Existenz des preußischen Staates bildet, dieses System — wir wiederholen es — wird bestimmt die vom Abgeordneten Switala abgegebene Versicherung, daß wir „im Interesse des Landes, der Bevölkerung und der Krone handeln“, nicht aufheben. Damit schließen wir, indem wir uns auf die unerläßlichsten Ausführungen beschränken, zu denen uns der Umstand zwang, daß der Abgeordnete Switala sich auf die vom Abgeordneten Dmowski in der Duma befolgte Politik berufen hat. Darüber, daß der Abgeordnete Switala sich auf den Vorsitzenden der Petersburger polnischen Fraktion berufen hat, wird der Abgeordnete Dmowski nicht wenig verwundert sein.

Hinterleute zu berauben. Auf letzteren Punkt speziell beziehe ich, daß seitens der Dumafraktion das russische Staatsinteresse hervorgehoben wird.

Soweit geht mein Verhalten bzw. meine Rede keineswegs. Ich habe in ihr nur „unsere Teilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten des preußischen Staates“ hervorgehoben. Ich hatte vor allem die Teilnahme an den Beratungen auf parlamentarischem Terrain im Sinne. Mir scheint, daß dieses Verhalten keineswegs im Widerspruch steht zu der bisherigen Tätigkeit unserer Fraktion bzw. Fraktionen. Ich erwähne nur die Gehaltsregelung im preußischen Landtage und die sozialen Angelegenheiten im Reichstage. Die Fraktionen haben an diesen Angelegenheiten stets teilgenommen.

Die Angelegenheit der Auffassung des Staates, der von mir in drei Bestandteile definiert worden ist: Land, Bevölkerung und Krone — ist von mir aus rein taktischen Gründen berührt worden. Die Konservativen haben zwecks Verstärkung ihres Widerstandes gegen die Wahlreform das Interesse der Krone in den Vordergrund gerückt. Die Anhänger der Reform suchten diesen Standpunkt zu schwächen, indem sie sich darauf beriefen, daß die Krone selbst doch die Reform versprochen habe. In meiner Definierung ist die Krone an die letzte Stelle gerückt worden, in deren Interesse man sich auf die Notwendigkeit bzw. gegen die Wahlreform berufen könnte. Wenn ich diesen Gedanken in meiner Rede nicht hinreichend habe hervortreten lassen, so geschah das vielleicht infolge des Umstandes, daß ich ganz aus dem Gedächtnis, ohne Notizen, ohne ein Stückchen Papier vor mir gesprochen habe.

Ich hatte keineswegs eine Änderung unseres prinzipiellen Standpunktes der Krone gegenüber im Sinne, und es ist mir nur unangenehm, daß meine Worte in der Presse auf diese Weise gedeutet worden sind. Ich habe nicht gedacht, daß man mich einer völligen Verkennung unserer Vergangenheit beschuldigen könnte und des Einflusses, den eben die Krone, von welcher die Rede ist, auf deren Gestaltung ausübt.

Mit dem Ausdruck wahrer Hochachtung

Egidius Switala.

Wir wollen auf die Rede des Abgeordneten Switala nicht mehr im einzelnen zurückkommen. Unseren Lesern ist unsere Ansicht bekannt. Wir machen den Abgeordneten Switala nur kurz darauf aufmerksam, daß es sich darum handelt, wie man „die Teilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten des preußischen Staates“ begreift. Im Zusammenhange damit hat gerade die Erklärung des Abgeordneten Switala, daß „wir im Interesse des Landes, der Bevölkerung und — der Krone“ handeln, eine besondere fatale Bedeutung angenommen. Daß der Abgeordnete Switala taktische Rücksichten im Auge gehabt hat, verstehen wir, aber auf diese Rücksichten beriefen und berufen sich doch auch alle Versöhnungsparteier. Jedenfalls wird der Leser die Intention obigen Briefes des Abgeordneten Switala verstehen und mit Befriedigung seine entschiedene Erklärung zur Kenntnis nehmen, daß er „keineswegs eine prinzipielle Änderung unseres Standpunktes der Krone gegenüber“ im Sinn gehabt habe. Wir glauben auch der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß auch die Taktik des Abgeordneten Switala in Zukunft mit diesem unserem prinzipiellen Standpunkt rechnen wird, und dann wird die Arbeit des Abgeordneten Switala zweifellos zum Nutzen sowohl der Fraktion, als auch unserer ganzen Volksgemeinschaft auslaufen.

Aus Nr. 26 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 2. Februar 1909:

Von dem Abgeordneten Switala

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Geehrte Redaktion!

Um dem vorzubeugen, daß der Einfluß des Verhaltens der polnischen Dumafraktion auf mein Verhalten etwa falsch gedeutet wird, bitte ich, die nachstehenden Ausführungen in die Spalten des Kurjer aufzunehmen.

Dieses Verhalten verstehe ich auf zweifache Weise. Ich verstehe es so, daß es sich der Fraktion in der Duma um positiven Gewinn handelt, also um die Gewinnung der Selbstverwaltung im Königreich usw. und um die Abwehr eventueller Schäden, z. B. die Abtrennung des Chelmer Landes usw. Beides bedingt: 1. das Suchen von Bundesgenossen in der Duma, 2. das Streben und Trachten danach, die Gegner aller Argumente für ein den Polen gegnerisches, also feindliches Vorgehen der Regierung und ihrer

Aus Nr. 24 des Lech (Gnesen)
vom 30. Januar 1909:

Ist das möglich?

Aus Berlin wird uns mitgeteilt, daß bei der unglücklichen Abstimmung über das Projekt der Wahlrechtsreform im preußischen Landtage — dieses Projekt kam mit einer Mehrheit von 3 Stimmen zu Falle — 8 polnische Abgeordnete gefehlt haben sollen.

So ist es also den polnischen Abgeordneten zu verdanken, daß das elendeste Wahlsystem in Preußen beibehalten wird, das System, dem wir die härtesten, gegen uns geführten Schläge verdanken.

Es ist ein wahrer Hohn, daß die Fraktion Anträge stellt und die Mitglieder in ihrer grenzenlosen Geringschätzung der wichtigsten Angelegenheiten nicht zur Abstimmung erscheinen. Wenn es sich tatsächlich so zugetragen hat, dann hat sich die polnische Landtagsfraktion hinsichtlich der Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten ein so großes Armutszeugnis ausgestellt, daß ein entschiedenes Vorgehen gegen diese faumseligen Abgeordneten unvermeidlich sein wird.

Aus Nr. 4 des Glos Wielkopolanek (Posen)
vom 24. Januar 1909:

Wohin wir kommen.

Sehen wir den Wellen eines schnellströmenden Flusses zu, so bemerken wir manchmal ein Zweiglein, das, in die Nähe einer Stromschnelle gelangend, auf eine Weile zum Stillstand kommt und sozusagen zaudert, wohin es nun schwimmen soll, als wenn es nicht wüßte, welche Strömung es mit sich reißen wird. . . .

Wer aufmerksam den Lauf der Angelegenheiten in unserer Gemeinschaft verfolgte, der wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß unsere Gemeinschaft im gegenwärtigen Augenblicke zu sehr an ein solches Zweiglein erinnert, welches sich überlegt, mit welcher Strömung es schwimmen soll. Noch vor einer kurzen Zeit war dieses Zaudern nicht da. Wir wußten alle, wohin wir gehen, wir wußten, daß die Strömung, der wir uns überlassen, uns auf die Felsen der preußischen Verfolgungen und fortwährender Kämpfe mit dem überlegenen Feinde führt, aber wir hatten auch das Bewußtsein, daß, wenn auch die Felsen unter uns die größten Verwüstungen anrichten würden, der Kern der Gemeinschaft niemals ihnen aus dem Wege gehen, niemals an ihnen zerbrechen werde.

Auf einmal verschwand in der Gemeinschaft das Bewußtsein der eigenen Kraft. Unser Lauf kam zum Stillstande, als wenn wir angefangen hätten zu zaudern, als wenn wir aufhörten, uns selbst zu trauen, daß wir alle Verfolgungen und Quälereien aushalten würden. Die Strömung, die uns bisher trug, wurde schwächer, als wenn eine andre Strömung sie zurückdrängte, welche sich bisher nicht bemerkbar machte.

Sehen wir zu, wann das erfolgte, und was die Ursache dieser Erscheinung war.

Als im Lambertischen Saale in Posen zum ersten Male das Lösungswort „Aufgepaßt“ erschallte, haben wir gemeint, daß jetzt, da die Säule der frühern Veröhnungspolitik, Herr Josef von Koscielski, mit den Städtlern und den Dorfleuten in der Bresche stehe, um diese unsre polnische Festung zu verteidigen, uns nichts mehr vom Wege der beharrlichen Arbeit für das Wohl unsres Polentums werde ableiten können, und daß nach dem Beispiel des Magnaten aus Miloslaw die ganze polnische Schlachta und mit ihr unsre Geistlichkeit in die Fußtapfen der Niegolewski, Kantak und auch der polnischen Kinder, die für das polnische Gebet Schläge

und Arrest ertrugen und der Übermacht nicht weichen wollten, treten werde.

Aber sehr früh schon überzeugten wir uns, wie trügerisch diese auf unsre Schlachta und Geistlichkeit gesetzten Hoffnungen waren. Die letztere wich von der Bresche, weil es ihre vorgesetzte Behörde gebot. Sie entwich, weil sie entweichen mußte. Der Adel folgte entweder gar nicht seinem Führer, Herrn Koscielski, oder er verließ sehr bald seinen Posten.

Herr v. Koscielski konnte nur die Titel der Starosten und Kommissare der Strajch verteilen und als Zugabe noch viele Verpflichtungen, die Arbeit und bürgerlichen Mut erfordern, auferlegen. Für die größere Menge unsrer Herren war das, was Herr v. Koscielski ihnen gab oder geben konnte, zu wenig, und das, was er dafür forderte, viel zu viel. Nun und Herr v. Koscielski sah sich bald in der Bresche von seinen adligen Brüdern verlassen und in der Gesellschaft von fast nur — Bürgern und Bauern.

Bei dieser Trennung des Adels von der Strajch ließ sich zum ersten Male diese Gegenströmung fühlen, die mit der Strömung, die bisher unsre Gesamtheit trug, anfang zu ringen. Aber diese Strömung war noch zu schwach, um den Lauf der Gesamtheit aufzuhalten oder ihn in andere Bahnen zu lenken. Die erste deutliche Kraftprobe erfolgte aus Anlaß des angekündigten Enteignungsgesetzes. Hier schon stand hinter Herrn v. Turno aus Objezierze, dessen Broschüre lange in traurigem Angedenken bleiben wird, ein großer Teil des Adels. Dieser fing an daran zu arbeiten, die Preußen glauben zu machen, daß unsere Gesamtheit bereit sei, die Lafaien-Vivree anzuziehen, wenn es nur keine Enteignung geben werde. Wir erinnern an das ruhmlose Auftreten des Herrn v. Dziembowski und auch an das traurige Auftreten des Abgeordneten Napieralski, der dank der Kurzsichtigkeit der Führer des fortschrittlichen Adels in den Besitz der Posener Wochenschrift Praca gelangte und in ihr im Sinne der Herren Turno, Jackowski u. a. zu arbeiten anfang. Diese Probe, die wir oben erwähnten, zeigte anfangs die größere Kraft der bisherigen, nationalen Strömung. Diese Strömung nahm sogar in der Zeit der Abgeordnetenwahlen an Kraft zu, aber zuletzt schwächte sie so ab, daß seinen Tag vor Heiligabend die Tore zu den polnischen Kreisen des preußischen Parlaments den Herren Dziembowski, Jackowski, Turno, Czartoryski und ähnlichen geöffnet wurden.

Und im gegenwärtigen Moment steht unsre Gemeinschaft, durch zwei gleich starke Strömungen erfaßt, auf eben der Stelle und zaudert wie das Zweiglein inmitten von widerstreitenden Wellen. Und wohin wird sie schwimmen? Es hat den Anschein, daß sie der Strömung der Herren Dziembowski, Jackowski, Turno, Napieralski und Wawrzyniak erliegen und in einer der bisherigen entgegengesetzten Richtung schwimmen wird, bis sie sicher in den Vorjimmern, wenn auch nicht des Kaisers oder der Minister — denn dort wird sie mit Verachtung zurückgestoßen —, so doch zu Füßen des — Zentrums landen wird.

☞ Diese unsre arme Volksgemeinschaft!

Aus Nr. 25 des Lech (Gnesen)
vom 31. Januar 1909:

Bersammlungsfreiheit in Preußen.

Etliche polnische Barbieri in Gnesen hatten bis jetzt von der Militärbehörde die Erlaubnis, in den Kasernen die Soldaten zu rasieren. Um die Mitte d. M. erhielten sie ganz unverhofft das Verbot, das Militär zu rasieren. Was die andern polnischen

Barbiere anlangt, so verbot die Militärbehörde den Soldaten, diese aufzufuchen. Es muß bemerkt werden, daß die durch das Verbot betroffenen Barbieri an der national-polnischen Arbeit gar keinen Anteil nahmen, sie traten nirgends öffentlich auf, überall bemühten sie sich, loyale preußische Untertanen zu sein, sie illuminierten am Geburtstage des Kaisers und auch bei andern Gelegenheiten usw. Das alles half jedoch nichts, denn es tauchte in Gnesen ein deutscher Barbier auf, der seiner Zeit von den Hafatisten aus Klesko herbeigeholt wurde und gegenwärtig in Gnesen auf dem Pflaster liegt. Diese Stütze des Deutschtums mußte gerettet werden, es wurde ihr das Rasieren des Militärs übertragen, die Arbeit, welche bis jetzt die Polen verrichteten.

Wer den Hund schlagen will, der findet auch den Stock dazu; so ist es auch in diesem Falle. Wie wir bereits berichteten, sollte in Gnesen eine Versammlung selbständiger Barbieri stattfinden, um einen Verband für Deutschland zu gründen. Die Polizei verbot diese Versammlung.

Weil unsre Militärbarbiere sich mit den andern an einen Tisch zum Glase Bier gesetzt hatten, fand man einen Grund, ihnen die Arbeit zu nehmen und sie an deutsche Hände abzugeben.

Wir wissen nicht, von wem die Denunziation ausgegangen ist, ob von den deutschen Barbieren — was sehr wahrscheinlich ist — oder auch von offizieller Seite. Wenn das Letztere der Fall sein sollte, dann müßten wir das Verfahren der amtlichen Faktoren, die von den Bürgern hohe Steuern fordern und ihre Erbsenz untergraben, auf das Entschiedenste verurteilen.

Das Verfahren der Militärbehörde ist uns in diesem Falle völlig unverständlich. Wenn die Barbieri einen Verband gründen wollten — wozu es doch aber gar nicht gekommen ist —, dann war das ihr heiliges Recht, das allen Bürgern durch die Konstitution garantiert ist. Für die Inanspruchnahme dieses Rechtes kann man doch niemanden bestrafen, am allerwenigsten für die Bemühung, einen Nutzen zu erringen!

Aus dem ganzen Vorkommnis erhellt die seit langem an dieser Stelle dargetane Wahrheit, daß unser Gegner systematisch danach trachtet, uns zu verachten und daß diese Absicht nichts zu ändern vermag, weder die Loyalität noch Unterwürfigkeit, weder das Illuminieren noch jede andre Offenbarung treuer Untertanenschaft. Wenn es aber so ist, dann erniedrigen wir uns nicht vor dem Feinde, fassen wir nicht die Hand, die uns schlägt, sondern bieten wir mannhaft die Stirn, erdulden wir die Verfolgungen und ertragen wir sie mit mannhafter Würde!

Aus Nr. 25 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 31. Januar 1909:

Schroda, den 29. Januar.

Zur Vervollständigung Ihrer Korrespondenz von der Illumination in Schroda übersende ich noch folgende Einzelheiten: Es illuminierten unter andern: Dr. Lawicki, Konditor Hologa (derselbe, der vor drei Monaten in der Konditorinnung dafür stimmte, das Vergnügen im deutschen Hotel Mylius zu veranstalten) und der Kaufmann Konarski. Am Festessen, bei welchem der bekannte „Polenfreund“ Landrat Dr. von Rose die Festrede hielt, waren von den Polen anwesend: Tierarzt Koplinski, der es überwiegend mit den Deutschen hält, und Dr. Opielinski, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Schrodaer Sparkasse, einer der größten Kassen dieser Art in den kleinen Städten des Großherzogtums. Was sagen dazu die Mitglieder der Kasse, die ein solches

Ehrenamt einem Menschen anvertrauen, der alljährlich an Festen dieser Art teilnimmt?!

* * *

In derselben Angelegenheit schreibt der Kurjer Poznański (Posen) in Nr. 26 vom 2. 2. 09 folgendes:

Vom Herrn Dr. Lawicki aus Schroda berichtete einer unserer Korrespondenten, daß der Genannte am Kaisergeburtstage illuminiert habe. Wie wir gegenwärtig erfahren, ist da eine bedauerliche Verwechselung vorgefallen, für welche dem Dr. Lawicki volle Satisfaktion gebührt. Neben Dr. Lawicki wohnt in demselben Stock noch ein deutscher Beamter. Dieser nun illuminierte und nicht der Herr Dr. Lawicki, der sich jedesmal so betrug und betrügt, wie es einem polnischen Bürger, der das Panier der nationalen Volkswürde hochhält, geziemt.

Aus Nr. 25 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 31. Januar 1909:

Illuminierende Polen von der Schroda.

Am Kaisergeburtstage war unser Stadtteil und das anliegende Ostrowek reichlich erleuchtet. Und hier wohnt doch überwiegend polnische Bevölkerung! Besonders hielten es die Herren polnischen Fleischer für „Ehrensache“, zu illuminierten, nämlich die Herren Olzewski, Gryfczynski und Syller. Der Drogist Herr Dresler (Pole) veranstaltete ebenfalls eine prächtige Illumination.

Dies ist um so bezeichnender, da einige deutsche Kaufläden — und es gibt dort nur wenige — nicht erleuchtet waren.

Aus Nr. 23 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Januar 1909:

Illuminierende Polen.

Rafel, den 27. Januar.

Es haben sich natürlich wieder polnisch-preußische Patrioten gefunden, welche am heutigen Tage ihre Fenster reichlich erleuchtet haben und zwar noch reichlicher als die anderen Jahre, ersichtlich deswegen, weil man im vorigen Jahre gegen uns das Enteignungsgesetz und den Sprachenparagraphen schmiedete.

Es illuminierten folgende Herren: Gremczynski, Vorsitzender des Aufsichtsrates der deutschen Bank; Janicki, Drogist, Vorstandsmitglied der Volksbank; Kompf, Kaufmann, der von den Polen lebt und ebenfalls Aufsichtsratsmitglied der Volksbank ist; Rowalski, Fleischer; Gizewski, Kaufmann; Sowinski, Eigentümer der Eisenhandlung usw. usw.

Daß auch unsere mit Orden geschmückten Geistlichen illuminierten, das wird wohl keinen mehr wundern.

Aus Nr. 26 des Oredownik (Posen)
vom 2. Februar 1909:

Die Handwerker-Organisation.

Unser Arbeiterstand brachte eine Organisation zu Wege, auf welche er mit einer Art Stolz blicken kann. Über 60 000 in einem Verbande organisierte Arbeiter, das ist eine ernste Macht, und dabei ist zu bedenken, daß die polnische Arbeiterbewegung noch sehr jung ist, daß sie heute erst in ganzer Fülle anfang, zum Ziele zu eilen.

Wie sieht in anbetracht dieser bedeutenden Arbeit, die der Arbeiterstand in den letzten fünf Jahren verrichtete, unser Handwerkerstand aus? Wenn unser Arbeiter heute erst — sozusagen — ins politische Leben eintritt, steht unser Handwerker seit langem schon auf dem politischen Felde, neben dem Adel als koordinierter Faktor.

Im Hinblick auf das Verständnis des beruflichen Interesses dagegen, das kann man ruhig aussprechen, steht der polnische Arbeiter höher als der politisch bewußtgewordene Handwerker. Diese bittere Wahrheit sagt dem Handwerker ohne Umschweife das Organ des Vereins der Gewerbetreibenden „Przemysłowiec“. Hier werden erst die ersten unsicheren Schritte getan, wie man das an der beruflichen Organisation unserer Tischler sehen kann.

Anderes ist es schon im Königreiche. Dort hat der Handwerker, der von der russischen Regierung keine Hilfe zu erwarten hat, schon daran gedacht, sich eine Institution zu schaffen, die ihm ein sorgenloses Alter sichern wird. Im Verbands der christlichen Handwerker wurde gleich nach seiner Gründung der Gedanke aufgenommen, einen Emeritenfonds zu sammeln. Im April 1907 wurde eine Kommission, der man die Bearbeitung des ins einzelne gehenden Projekts übertrug, gewählt.

Die Kommission arbeitete fleißig fast zwei Jahre lang, sie mußte nämlich die Organisationen und Satzungen verwandter Institutionen in verschiedenen Ländern Europas genau studieren, zur Mitarbeit Spezialisten im Versicherungsweisen einladen, usw. usw.

Endlich legte die Kommission das vollständige Projekt vor. Dieses Projekt nimmt als Grundlage eine Altersrente von jährlich 360 *M* an. Soll aber eine solche Rente ausbezahlt werden, soll die Versicherungsinstitution alle Verwaltungskosten decken und noch ein Reservekapital anammeln, ohne die Hilfe der öffentlichen Opferwilligkeit in Anspruch zu nehmen, so muß der jährliche Beitrag des Handwerkers, der sich eine Altersrente sichern will, nach der Berechnung der Kommission 10,80 *M* betragen. (9 *M* der wirkliche Beitrag, der Rest für die Unkosten der Verwaltung und für den Reservefonds). Die Emeritenkasse soll im Verbands der Handwerker entstehen.

Die Kommission hat für dieselbe folgendes Regulativ ausgearbeitet:

1. Jedes Verbandsmitglied muß, im Sinne des § 5 Lit. b der Verbandsstatuten, versichert sein, andernfalls es Mitglied nicht sein kann.
2. Alle Verbandsmitglieder zahlen den gleichen Versicherungsbeitrag, d. h. ohne Rücksicht, ob Meister oder Geselle.
3. Alle arbeitsfähigen Verbandsmitglieder sind verpflichtet, den Beitrag 30 Jahre lang zu zahlen; nachher sind sie von den Beiträgen unter Beibehaltung aller Rechte auf die Altersrente befreit.
4. Jedes regelmäßig seine Beiträge zahlende Mitglied hat schon nach 5 Jahren seiner Zugehörigkeit zur Emeritenkasse im Falle völliger Arbeitsunfähigkeit ein Recht auf Rente.
5. Ein aus wichtigen Gründen mit der Beitragszahlung rückständiges Mitglied verliert seine Rechte nicht vor Ablauf eines Jahres, doch der aus wichtigen Gründen Rückständige verliert dieselben schon nach Ablauf von sechs Monaten.
Bemerkung: Über die Gültigkeit oder Nichtigkeit der Gründe entscheidet der Rassenvorstand. Die mit dem Urteil Unzufriedenen haben das Recht der Berufung an die allgemeine Versammlung.
6. Jedes der Mitglieder, das im Bezahlen der Beiträge rückständig ist, kann vor Ablauf von zwei

Jahren der Emeritenkasse wieder beitreten, doch ist es verpflichtet, die rückständigen Beiträge sowie eine Strafe im Verhältnis von 25 % zu zahlen.

7. Jedes der Mitglieder, das länger als zwei Jahre mit den Beiträgen rückständig ist, wird von der Mitgliederliste gestrichen. Will es der Emeritenkasse abermals beitreten, so wird es als neues Mitglied behandelt.
 8. Die in die Emeritenkasse eingezahlten Summen werden unter keinen Umständen wieder ausbezahlt.
 9. Über die Arbeitsunfähigkeit entscheidet der Rassenvorstand zusammen mit dem Verbandsarzt.
 10. Alle Verbandsmitglieder, die gegenwärtig auf der Mitgliederliste stehen, werden als Mitbegründer der Emeritenkasse angesehen und zahlen als einmaligen Beitrag eine Mark.
 11. Jedes neue Verbandsmitglied zahlt nach der Gründung der Emeritenkasse unter dem Titel der Einschreibgebühr 2 *M* in die Kasse.
 12. Der Mitgliederbeitrag eines jeden Mitgliedes beträgt für die Kasse jährlich 10 *M* 80 Pfennige, in monatlichen Raten zu 90 Pfennig.
 13. Die Rente wird jedem Mitgliede im Verhältnis von 360 *M* jährlich, in Monatsraten von 30 *M* im voraus ausbezahlt.
 14. Auf der Grundlage der praktischen Erfahrung kann in Zukunft durch eine Versammlung das gegenwärtige Regulativ geändert werden; doch alle Veränderungen, die beschlossen werden, betreffen nicht die vorher eingeschriebenen Mitglieder, wenn diese nicht dem Beschlusse freiwillig beitreten wollen.
 15. Im Falle der Liquidation der Kasse ist die allgemeine Versammlung verpflichtet, eine entsprechende Summe, die das Dasein der zur Zeit vorhandenen Emeriten sicher stellt, in einer Versicherungsgesellschaft zu deponieren. Über die Restsumme wird in einer allgemeinen Versammlung durch Stimmenmehrheit hauptsächlich für die Zwecke der Handwerker verfügt.
- Die Kommission sieht die Möglichkeit vor, den Mitgliedern aus den Fonds der Emeritenkasse in für die Mitglieder ungünstigen wirtschaftlichen Augenblicken Darlehen nach einem genau bestimmten Regulativ zu gewähren.

Aus Nr. 24 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 30. Januar 1909:

Für die Armen.

Mit dem 1. Februar eröffnen wir auf der Wallischei Nr. 53/54 eine **Volks-Kaffee- und Armen-Küche**.

Die Erfahrung lehrt, daß viele Arbeiter, die früh schon vor 6 Uhr auf Arbeit gehen, in die Destillen — namentlich in der Winterszeit — eintreten, um sich zu erwärmen — leider mit Schnaps.

Wir meinen, daß sie das nur aus dem Grunde tun, weil es noch kein entsprechendes Lokal gibt, in dem sie für einige Pfennige sich erwärmen könnten, mit Kaffee oder Tee. Zu diesem Zwecke beabsichtigt der Verband der wohlthätigen Vereine mit der Zeit in allen Vororten Posen, in welchen die arbeitende Bevölkerung überwiegend wohnt, Kaffeehäuser zu eröffnen.

Vorläufig eröffnen wir im Hinblick auf unsere kleinen finanziellen Mittel im allerärmsten und vom Alkohol am meisten bedrohten Stadtteil, d. i. auf der Wallischei, das erste Volkskaffeehaus, welches von 5 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet sein wird, damit die zur Arbeit gehenden Arbeiter gegen Bezahlung von 5 Pfenni-

gen eine Tasse warmen Kaffees oder Tees und dazu eine **Semmel** erhalten können.

Hunderte von Schulkindern aus der Wallischei und der Schrodka gehen ohne warmes Frühstück in die Schule.

Hunderte von armen Leuten gehen von Haus zu Haus und bitten um einen Löffel warmer Speise. Viele arme ruinieren aus Mangel an warmer Speise ihre Gesundheit. Deswegen verbinden wir mit dem Volkskaffeehaus eine Küche für die Armen. Diese wird für 10 Pfennige eine Portion warmer Speise verabreichen in der Zeit von 12—2 und 7—8 Uhr abends. Wir appellieren an alle Wohlgefinnten, unsere wohltätige Institution gütigst zu unterstützen.

Besonders wenden wir uns an die Bürger der Wallischei und Schrodka, an die Ortsvereine kirchlicher Bruderschaften und an die Konferenzen der Vinzentvereine, damit sie uns die Hand bieten zur gemeinsamen Arbeit.

Unser Arbeitsplan ist folgender: In dem einschlägigen Lokale verteilt das „Kaffeehaus und die Küche für die Armen“ 5 und 10 Pfennigscheine gegen die entsprechende Bezahlung. Die Quittungen können die Konferenzen der Vinzent à Paulo-Vereine und andere wohltätige Institutionen und auch Privatpersonen erwerben und sie an die Armen, die unterstützungsbedürftig sind, statt ihnen Geld zu geben, verteilen. Die Personen, die auf diese Weise Unterstützung gewähren, können sicher sein, daß das Geld nicht für Schnaps, sondern für eine gesunde Speise verwendet werden wird.

Die Domparochie.

Propst J. Czechowski, Parochialverwalter.

Der Wohltätigkeitsverband.

Propst Meißner, Generalsekretär.

Aus Nr. 25 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 31. Januar 1909:

Amtlicher Boykott polnischer Apotheken.

Seit einer gewissen Zeit hat es die Behörde auf die polnischen Apotheker abgesehen. Eine Apotheke in der Hand eines Polen ist ein wichtiger Vorposten in jeder Stadt. Man beschloß daher, die Existenz solcher Apotheken zu schwächen, wenn nicht vollends zu untergraben. Alle Augenblicke hört man, daß die Behörde die Konzession für eine Apotheke da erteilt habe, wo sich bereits eine solche in der Hand eines Polen befindet, obgleich zur Schaffung einer neuen Apotheke gar kein Bedürfnis vorliegt. In anderen Städten hat man den polnischen Apotheken durch Drohungen, einem Deutschen die Konzession zur Gründung einer neuen Apotheke zu erteilen, gezwungen, seine alte Apotheke an einen Deutschen zu verkaufen.

Aus Furcht vor Verlusten oder vor dem Ruin haben das schweren Herzens schon mehrere polnische Apotheker getan.

In Posen sind in der letzten Zeit nicht weniger als 7 Konzessionen für eine Apotheke erteilt worden, und zwar ausschließlich Deutschen, um die Krankenkassen und die deutsche Kundschaft den alten polnischen Apotheken abwendig zu machen.

Gegenwärtig hat man es auf die Vernichtung der sogenannten „Grünen Apotheke“ in der Breslauer Straße abgesehen, die sich gegenwärtig im Besitze des Herrn Taddäus Wituski, eines Sohnes des bekannten ehemaligen Professors am Marien-Magdalenen-Gymnasium in Posen, Leo Wituski, befindet.

Aus Kreisen, die in Apothekenangelegenheiten gut informiert sind, wird uns in dieser Sache folgendes geschrieben:

Die geehrte Redaktion des Dziennik Berliński bitten wir, folgendes zur Kenntnis unserer Allgemeinheit zu bringen:

Vor etwa 6 Jahren wurde in der Nähe der „Grünen Apotheke“ die deutsche „Petri-Apotheke“ in der Halldorffstraße Nr. 5 errichtet. Gegen die Errichtung dieser Apotheke, die in dieser Gegend völlig überflüssig ist, opponierten seinerzeit der damalige Kreisphysikus (Sanitätsrat Dr. Panienski), wie auch der frühere Polizei-Präsident Herr von Hellmann.

Trotz dieses Widerstandes und trotzdem der frühere Besitzer der Grünen Apotheke, Herr Dzierzgowski, gegen die Errichtung der neuen Apotheke energischen Protest eingelegt hatte, erteilte die Behörde, welche augenscheinlich die Existenz der Grünen Apotheke, deren Emporblühen die Deutschen schon längst wurmte, untergraben wollte, die Konzession — und die Apotheke wurde eröffnet.

Wegen der ungünstigen Lage machte die neue Apotheke der „Grünen“ wenig Abbruch, doch sie hemmte immerhin ihre Entwicklung. Natürlich gefiel es der Behörde nicht, daß die Existenz der Grünen Apotheke nicht vollständig untergraben wurde — und so kam sie denn auf einen neuen Gedanken. Sie erteilte dem Besitzer der Petri-Apotheke die Erlaubnis, nach dem Petriplatz, Ecke Schützenstraße, überzusiedeln, also in die nächste Nachbarschaft der „Grünen Apotheke“.

Man bemühte sich darum, daß der Besitzer der Destillation, der an dieser Stelle, wo gegenwärtig die neue Apotheke ihre Pforten öffnete, seit vielen Jahren sein Geschäft hat, gegen eine namhafte Entschädigung zurücktreten und seine Destillation nach einer anderen Stelle verlegen mußte, um nur dem Wunsche der Behörde Genüge zu tun. Am 1. April wird die neue Apotheke eröffnet werden.

Der Besitzer der „Grünen Apotheke“ bemühte sich nach Kräften, diese Absicht zu verhindern, er ging und bat den Regierungsrat, man möge doch Rücksicht nehmen auf sein Privileg, doch es half alles nichts, der Hafatismus erreichte sein Ziel.

Wie unterstützen nun die Polen in Posen die polnischen Apotheken?

Es handelt sich jetzt darum, daß die polnische Gesamtheit in Posen, welche die Interessen der polnischen Apotheken viel zu wenig unterstützt, über diese ganze Angelegenheit durch die Zeitung informiert würde und alles daran setzte, daß die polnischen Apotheken in der Entwicklung und Existenz nicht gefährdet würden.

Leider ist es eine traurige Tatsache, daß etliche deutsche Apotheken 60—85 % polnischer Kunden haben; leichten Herzens tragen ihnen unsere Landsleute ihr Geld hin, ohne darauf zu achten, daß wir Polen in sehr schweren Zeiten leben. Der polnische Adel unterstützt mit wenigen Ausnahmen speziell zwei deutsche Apotheken, und die Portiers (hauptsächlich vom Bazar) haben ausdrücklichen Befehl, alle Rezepte zu diesen zu schicken.

Dabei erleichtern die polnischen Apotheken z. B. der im oberen Stadtteile wohnenden Kundschaft die Erlangung der Arzneien insofern, als sie selbst Boten nach den Rezepten schicken und die fertigen Arzneien nach den Wohnungen der Patienten senden, sodaß sich niemand nach der Apotheke zu bemühen braucht — man braucht nur telephonisch von der Wohnung aus oder durch den Arzt anzurufen.

Alle Ermahnungen sind hier vergeblich; die Patienten hören selbst nicht auf die Ärzte, die ihnen eine polnische Apotheke empfehlen, und gehen zu den Deutschen, denn das ist ihnen bequemer. Es kommen jedoch auch Fälle vor, daß auch polnische Ärzte nur deutsche Apotheken unterstützen, wie z. B. Herr Dr. D.

Wir erinnern uns hierbei daran, daß j. Z. im Dziennik Berliński ein Artikel über das Boykottieren

der polnischen Apotheken durch polnische Ärzte veröffentlicht worden war; man drohte ihnen sogar mit der Bekanntgabe ihrer Namen, doch das half alles nichts, und Herr Dr. D. verfuhr weiterhin so.

Angeichts aller dieser Schikane, denen die polnischen Apotheken seitens der Regierung ausgesetzt sind, ist das polnische Publikum verpflichtet, diese Apotheken zu unterstützen. Möge nur die Hälfte des Publikums, das ständig zu den Deutschen geht, sich an die polnischen Apotheken wenden, dann werden diese vollständig zufriedengestellt sein.

Aus Nr. 23 des Postep (Posen)
vom 29. Januar 1909:

Die Versammlung der Bank der Gewerbetreibenden.

Man schreibt uns aus der Stadt:

Zwecks Änderung der Satzungen ist als Fortsetzung auf künftigen Freitag, den 29. d. M., abends 6 Uhr eine Versammlung anberaumt worden.

Es wird bei dieser Gelegenheit nicht schaden, auf die erste Versammlung zurückzukommen, die kurz vor dem Weihnachtsfeste stattgefunden hat und in welcher die Beratung über die Satzungsänderung nicht zu Ende geführt wurde.

Die erste Versammlung war nicht zahlreich, und man muß sich darüber wundern, daß sich da, wo es galt, am Platze zu sein, so wenige eingefunden hatten.

Das Projekt der Satzungsänderung und die zu diesem Zwecke vorgenommenen Arbeiten und Schritte hat man, wie sich erwies, überwiegend deshalb vorgenommen, damit nicht die Generalversammlung, wie bisher, sondern einzig der Aufsichtsrat über die Annahme von Vorstandsmitgliedern entscheide. Daß die Sache sich so und nicht anders verhält, erkennt man, wenn man sich die Taktik des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und des Leiters der Generalversammlung vergegenwärtigt. Schon die Wahl des Vorsitzenden hat dargetan, wie sehr manchen Herren daran gelegen hat, ihre Pläne durchzudrücken. Nach den Satzungen hat die Generalversammlung der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder ein von der Versammlung gewähltes Mitglied zu leiten.

Die Generalversammlung hat zwar einen Leiter gewählt; dieser wurde jedoch von vornherein seitens des Vorsitzenden des Aufsichtsrats vorgeschlagen, während doch Takt und Logik erheischt hätten, einen Vorschlag aus der Mitte der Versammlung heraus abzuwarten. Möglich, daß es das Gesetz!!! so anordnet???

Eine weitere auffällige Erscheinung in dieser Sache war auch der Umstand, daß bei andern Paragraphen der Vorsitzende des Aufsichtsrats, auf die Naivität der Versammelten rechnend, mit aller Entschiedenheit die einzelnen Paragraphen mit dem Buchstaben des Genossenschaftsgesetzes deckte. Die Generalversammlung glaubte das aber nicht, sondern sie beschloß nach ihrem Willen, obgleich nicht ungesetzlich.

Bei § 17, wo es sich darum handelte, wer die Vorstandsmitglieder wählen solle, hielt der Vorsitzende des Aufsichtsrats eine schöne Rede und erklärte an dieser Stelle, daß der Buchstabe des Gesetzes es zwar anders vorschreibe, man könne aber die Änderung gemäß dem Willen der Versammlung beschließen.

Ferner hat der Verhandlungsleiter, Herr Rechtsanwalt Wolinski, während er über andre Paragraphen in üblicher Weise so abstimmen ließ, daß der, welcher dafür war, die Hand erhob, bei § 17 gefragt, wer gegen den Vorschlag sei. Er rechnete zwar mit Recht darauf, daß eine Minderheit dagegen sein werde, es gelang

aber nicht, diese Minderheit zu überzeugen, da diese wußte und daran dachte, daß drei Viertel der Stimmen für die Änderung sein müssen. Die Minderheit forderte namentliche Abstimmung. Das war für diese Minderheit sehr ungünstig, denn mancher ging, als es galt, offen Farbe zu bekennen, hinaus oder stimmte im Sinne des Projektes des Aufsichtsrats. Ungeachtet dessen erhielt das Projekt nicht drei Viertel der in der Versammlung anwesenden Stimmen, es fehlten ihrer noch 10.

Ich behaupte auch, daß zum Begraben dieses Antrages die unglückliche und rücksichtslose Taktik mancher Herren, namentlich des Vorsitzenden, beigetragen hat, der auf den gegen die Form der Abstimmung eingelegten Protest mit Würde erklärte, er als Vorsitzender dürfe die Abstimmung einrichten, wie es ihm gefalle. Natürlich hatte diesen Protest niemand aus der Intelligenz eingebracht, sondern nur ein Handwerker, diese werden aber, obwohl sie gleichfalls Mitglieder sind, mit anderem Maße gemessen, als die Intelligenz.

Eine weitere ausgesprochene Tendenz, diesen Passus der Satzungen durchzudrücken, lag darin, daß im Dziennik Poznański am Tage der Versammlung die betreffende Bekanntmachung wiederholt und in den Tagesneuigkeiten ein Appell an die Intelligenz gerichtet worden war. Die Bekanntmachung zum zweiten Male zu veröffentlichen, war niemand verpflichtet, wenn man das aber tun wollte und die Kosten nicht scheute, so hätte man sie auch in einem solchen Blatte veröffentlichen sollen, welches die Handwerker lesen, wie zum Beispiel im Postemp. Aber wie überall, so spielt auch hier die gegenseitige Anbetung eine Rolle. Gut war es, daß die Mitglieder das Recht, den Vorstand zu bestätigen, sich vorbehalten haben, denn der oder jener Aufsichtsrat werden immer mit der Meinung der Mitglieder rechnen müssen und dürfen persönliche Ambitionen nicht aufkommen lassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vorschlag einer Satzungsänderung auch von dem Umstande beeinflusst worden ist, daß die Generalversammlung ein Mitglied nicht bestätigt hatte. Jemand hat in der Versammlung gesagt, so etwas werde sich nicht mehr wiederholen. Dieser Herr hat sich arg getäuscht, so etwas kann und sollte sich wiederholen, wenn der Aufsichtsrat die Meinung der Mitglieder jemals wieder mit Füßen treten, alle hiesigen Bankleute von Beruf als unfähig ansehen und immer nur den Stern der Weisheit in Titeln und in Auswärtigen erblicken sollte.

Man hat die Forderungen der Mitglieder beschränkt genannt. Das war nicht Beschränktheit, sondern berechtigtes Verlangen der Gleichberechtigten.

Ich kann mit aller Bestimmtheit sagen, daß bei der zweiten Bestätigung die Mitglieder lediglich auf den Aufsichtsrat und auf das Wohl der Bank Rücksicht genommen haben, denn wenn das nicht der Fall gewesen wäre, so wäre der Vorschlag des Aufsichtsrats zum zweiten Male abgelehnt worden. In Zukunft mußte jedoch auch diese Rücksichtnahme aufhören, wenn man uns Handwerker fernerhin sollte mit Fußtrittten traktieren wollen. Wir sind ebenso Mitglieder wie fürstliche Personen, nur mit dem Unterschiede, daß die Fürsten Geldsäcke, wir dagegen arme Schlucker sind. Daß es noch so ist, dafür haben in der ersten Versammlung manche den Beweis geliefert. Indem der Herr Vorsitzende des Aufsichtsrats der Nichtbestätigung eines Vorstandsmitglieds Erwähnung tat, gedachte er irgendwelcher persönlichen Agitation. Ich kann dem Herrn Vorsitzenden feierlich versichern, daß eine persönliche Agitation absolut nicht bestanden hat. Es gab eine Agitation seitens eines Kreises von Mitgliedern, die im Gefühl der Ungerechtigkeit agitierten und das auch in Zukunft tun werden. Der Herr Vorsitzende hat in der Versammlung zugegeben, daß es kein großer,

ja sogar gar kein Nachteil für das Institut wäre, wenn ein minder befähigter Beamter in den Vorstand aufgenommen würde. Das war eine richtige Bemerkung, denn Beispiele erweisen, daß angeblich minder Befähigte, wenn man ihnen Gelegenheit bot, gezeigt haben, daß sie sehr fähig sind und heute recht gute Stellungen bekleiden. Es ist das zwar gewiß, aber der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat die Sache in seinen Ansprachen in den Versammlungen, wo es sich um die Wahl eines Vorstandsmitglieds handelte, ganz anders dargestellt. Hätte der Aufsichtsrat diese Ansichten bei der Wahl eines Vorstandsmitglieds in die Tat umgesetzt, so wäre alles gut und einträchtig.

Alle die, denen das Wohl der Bank am Herzen liegt und welche nicht weiterhin Aschenbrödel sein, sondern überall die ihnen zustehenden Rechte haben wollen, mögen sich in der Freitag-Versammlung der Bank einfinden, da noch so manches wird gründlich untersucht werden müssen, ehe man die Satzungen ändert. Nicht nur der eine Paragraph war von prinzipieller Bedeutung. Es gibt nämlich noch wichtigere Paragraphen, welche beschlossen werden sollen. Dem Aufsichtsrat handelte es sich vielleicht um diesen einen Paragraph, und manche Mitglieder meinen auch, daß der, welcher sich tiefer mit der Sache befaßt, einsehe, daß man manchen Paragraphen weiter überlegen könnte. Aber wenn man für diesen Zweck nun schon einmal große Summen und Zeit geopfert hat, so wollen wir doch auch das machen, was nötig ist.

Ein Mitglied.

Aus Ost- und Westpreußen.

Aus Nr. 13 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 30. Januar 1909:

Hoch leben die Henker des Volkes.

Diese schreckliche Verspottung haben wir am 27. d. M. mit blutigen Buchstaben an den Fenstern vieler, ja zu vieler „Polen“ geschrieben gesehen.

Wem habt ihr die Lichter angezündet . . . nicht dem Kaiser, dem Vertreter des Staates! Seine Zugehörigkeit zum Staate zeigt man nur durch Pflichterfüllung. In deutschen Gegenden findet man nicht alljährlich eine so große Verschwendung an Lichtern, und es gibt doch auch dort treue Bürger. Warum erstrahlt bei uns alljährlich alles im Glanz der Lichter? Weil sich manche Polen bei den Hafatisten anschmeicheln wollen — brennen sie Lichter „des Geschäfts wegen“, wie sie selbst sagen, wenn man sie darauf aufmerksam macht, in Wirklichkeit setzen sie sich aber dem Gespött sowohl der braven Deutschen wie der guten Polen aus — und erleiden Verluste, denn mehr deutsche Abnehmer bekommen sie nicht infolge des Abbrennens der Lichter, und viele Polen ziehen sich deshalb von solchen polnischen Kaufleuten zurück.

Der Hafatismus hat gestern seinen Triumph gefeiert! Viele, viele Polen haben seine Pfoten geleckt, haben um Rücksicht gebeten, sind feige geworden und haben ihm diese kleinen Ausnahmen unserer Einwohnerschaft zum Raub ausgeliefert, die an ihre Nationalwürde gedacht haben. Ehre diesen unbeugsamen Ausnahmen.

Wir Polen sind von allen Ämtern verdrängt, wir müssen uns also allen deutschen „Festen“ gegenüber passiv verhalten, d. h. wir dürfen nur gleichgültige Zuschauer sein. Das fordert nicht der polnische Radikalismus sondern das fordert der gesunde Verstand, das Verständnis für unsere Lage.

Was bedeutet in unseren Gegenden das Brennen von Lichtern? Es bedeutet das Einverständnis mit der Enteignung, mit dem Maulkorbgesetz, mit der Ansiedlungskommission, mit der Ansiedlungsnovelle sowie mit der ganzen Kette der fertigen und vorbereiteten antipolnischen Ausnahmegeetze.

Warum habt ihr die Abgeordneten beschimpft, die diese ungeheuerlichen Gesetze beschlossen haben, wenn ihr euch kurz nachher bei der ersten Gelegenheit durch das Brennen der Lichter mit der Tyrannei des Hafatismus einverstanden erklärt?!

In unseren Ohren hallt das schmerzliche Weinen der Kinder noch wider, die für das polnische Gebet gelitten haben, noch steigen die Drzymalaflaggen zu dem Himmelsthron empor, noch bitten die Frauen und Kinder aus Casparus und Suchobrzeczka zu Gott, daß er ihnen, den Verwaisten, die Hütten bewahre — und ihre gedankenlosen, materialisierten Landsleute brennen Lichter und verspotten damit ihre Not und Armut.

Das ist böse, sehr böse.

Aus Nr. 14 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 2. Februar 1909:

Aus der Chmielnoer Gegend.

Als ich am Kaisersgeburtstag zufällig durch das Dorf Koziczkowo kam, sah ich vor dem dortigen Schulgebäude einen Haufen feiertagsmäßig gekleideter Leute stehen. Ich war darüber verwundert und fragte nach der Ursache. Es wurde mir geantwortet, daß die dortige Jugend ein Theaterstück aufführen werde, das der Lehrer mit ihr eingeübt habe. „Und was für ein Stück werden sie aufführen?“ „Ich weiß es nicht — erwiderte der Gefragte — aber unsere Mädchen werden bunte Kleider anhaben, die die Eltern ihnen gekauft haben, und die Knaben werden sogar Helme und Karabiner bekommen.“ — „Und wer hat das alles gekauft?“ — „Der Lehrer — war die Antwort — aber selbstverständlich für unser Geld. Es wurden Groschen, ja zwei bis fünf Groschen gegeben, und manche haben sogar eine Mark geopfert. Aber unser Lehrer ist ein guter Mensch, wie hätte man sich denn ihm gegenüber ablehnend verhalten können?“

In Gedanken vertieft ging ich weiter und sagte zu mir:

Daß der Lehrer ein guter Mensch ist, weiß ich auch, denn ich kenne ihn persönlich, und ich nehme es den Koziczkowoern nicht übel, daß sie einen solchen Lehrer achten; aber Achtung für den Lehrer ist etwas anderes als die freiwillige Germanisierung der eigenen Kinder und die freiwillige Verschwendung von Groschen, die heute jeder so nötig braucht. Für eine derartige Theateraufführung muß behördliches Geld vorhanden sein.

Wir wollen mit der Schule keinen Krieg führen, aber andererseits darf man auch die Schläge nicht vergessen, mit denen das preußische System uns gegenüber durch Vermittelung der Schule nicht spart. Habt ihr denn nicht genug Kummer mit den Kindern, weil sie in der Schule kein polnisches Wort zu hören bekommen, habt ihr nicht genug der verschiedenartigsten Klagen? Habt ihr denn vergessen, daß manche Kinder bis zum 16. Lebensjahre in der Schule zurückbehalten werden, eine Strafe, welche weder die Eltern noch die Kinder wirklich verdient haben. Gebt jedem, was ihm gebührt, aber ihr müßt auch eurer Ehre geben, was ihr zukommt. Gebet also kein Geld, denn es heißt euch doch niemand Geld zu geben. Wenn ihr Geld übrig habt, so gebt es für die Volksbibliothek in Koziczkowo, denn für sie hat mancher nicht einen Pfennig übrig.

Was sollen denn übrigens den Kindern germanisierende Theaterstücke, mögen sie am Geburtstage des Kaisers lieber für die Obrigkeit beten, aber auch für unser geliebtes unglückliches Vaterland. Das wäre katholisch und polnisch gehandelt, und unsre polnische Ehre, die wir heute hoch halten und achten, würde darunter nicht leiden.

Ein Reisender.

Aus Nr. 13 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 30. Januar 1909:

Die Ostmarkenbrüderschaft

— so werden wir die Sakatisten von nun an nennen — hat in den deutschen Blättern über die Entwicklung unserer polnischen Kredit- und landwirtschaftlichen Genossenschaften geschrieben, und sie stellt diesen Genossenschaften das beste Zeugnis aus. Es wird gesagt, daß die Polen alljährlich 20 Millionen Mark in ihren Banken ansammeln, was nach Ansicht der deutschen Brüderschaft ein glänzendes Zeugnis ihrer großen Sparjamkeit ist. Es ist da auch die Rede von der Politik. Diese Genossenschaften unterstützen nach Ansicht der Ostmarkenbrüderschaft die Anfänger im polnischen Gewerbebetrieb, was uns aber die Zunft offenbar nicht übel zu nehmen scheint.

Wir müssen anerkennen, daß der Sakatismus in letzter Zeit uns gegenüber aufständiger geworden ist. Gebe Gott, daß in dieser Beziehung bessere Verhältnisse eintreten. Mögen die Herren Deutschen uns ruhig entwickeln lassen, mögen sie ihre Polizeipolitik uns gegenüber einstellen, dann werden sie sich überzeugen, daß wir die besten Bürger sein werden. Von uns denkt niemand daran, sich von Preußen loszureißen, wir wollen nur unser eigenes polnisches Leben führen, denn dazu haben wir ein natürliches und ein übernatürliches Recht, und ein Hundsfott ist derjenige Deutsche, der da glaubt, daß er mit Hilfe von künstlichen Paragraphen die polnische Nationalität vernichten kann.

Aus Nr. 9 des Mazur (Ortelsburg)
vom 31. Januar 1909:

Aus Kreisen

der polnisch-evangelischen Geistlichkeit.

Vom Herrn Pastor Loppe aus Domaczewo, Gouvernement Grodno, erhalten wir nachstehendes Schreiben:

An

den geehrten Redakteur des Mazur.

Der im Laufe des Jahres von mir kostenlos verteilte Mazur hat unter meinen Parochianen solchen Beifall gefunden, daß sich auf mein Befragen sieben Leser mit der Bitte an mich gewendet haben, ihnen dieses Blatt regelmäßig zu liefern. Deshalb bitte ich Sie, geehrter Herr, mir gefälligst mindestens sieben Exemplare (soviel in den Umschlag hineingehen) für meine Parochianen zu schicken und mir mitzuteilen, wieviel ich dafür schulde. In Kürze beabsichtige ich einen Artikel über die Masuren in der Suwalkier Gegend im Pinsker Moor einzusenden. Heute bin ich leider mit verschiedenen Arbeiten überhäuft, und ich kann deshalb erst später schreiben. Glück auf zu der schweren, aber nützlichen Arbeit.

Pastor Loppe,
Domaczewo, Gouvernement Grodno.

Indem wir von der uns gütigst erteilten Erlaubnis Gebrauch machen, veröffentlichen wir den Brief des hochehrwürdigen Herrn Pastors und danken ihm für seine Glückwünsche, sowie für sein Versprechen, uns einen Artikel für den Mazur zu senden zu wollen.

Bei dieser Gelegenheit veröffentlichen wir auch andere uns von polnisch-evangelischen Geistlichen übersandten Briefe, deren Schreiber wir nicht nennen, **da wir hierzu nicht die Erlaubnis haben.**

Einzelne Abschnitte aus diesen Briefen lassen wir folgen:

„Geehrte Redaktion!

Ich nehme an, daß drei Mark zur Deckung der Abonnementskosten Ihres resp. unseres Blattes reichen werden. Ich bitte, es mir also unter der oben angegebenen Adresse zu schicken. Ich schicke Segenswünsche und damit verbunden Glückwünsche zu dieser Ihrer so zeitraubenden und erschwerten, aber auch so notwendigen Arbeit.

Glück auf!

Ihr R. N., Wikar.“

Zum Schluß noch ein Brief:

„An

die geehrte Administration des Mazur

in Ortelsburg.

Die mir gefälligst übersandten 17 Nummern des Mazur haben mir so gefallen, daß ich ergebenst bitte, mir eine zweite Kollektion von Nr. 1 bis 18 in zwei Exemplaren zu schicken. Ich bitte auch um Mitteilung, wieviel die Abonnementskosten für zwei Exemplare bis zum Schluß des Jahres betragen.

Sehr ergebenst

Pastor“

Die Briefe dieser polnisch-evangelischen Geistlichen beweisen, daß es unter der evangelischen Geistlichkeit schätzenswerte Personen gibt, die mit dem masurischen Volke mitfühlen und die Verdeutschung dieses Volkes keineswegs billigen.

Diese geschätzten Geistlichen schicken dem Mazur sogar den Segen Gottes und lesen ihn gern.

Diese Briefe werden sowohl für die Leser als auch für die Redaktion ein Trost sein und sie mit Mut erfüllen zum weiteren Kampfe um die berechtigten Rechte des masurischen Volkes.

Wir bitten diese Geistlichen, auch fernerhin an uns zu denken, und uns in der so schweren Bedrängnis geistig zu stärken.

Briefe, Korrespondenzen und Abhandlungen sind sehr erwünscht.

Aus Nr. 13 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 30. Januar 1909:

Ein Dokument preussischer „Gleichberechtigung“.

Die amtliche Zusammenstellung des preussischen Schulwesens zeigt sehr merkwürdige Verhältnisse. Es besuchen in Westpreußen evangelische Schulen:

in Zarnowitz, Kr. Putzig, 9 evangelische und 9 katholische Kinder,
in Laabe, Kr. Stuhm, 8 evangelische und 11 katholische Kinder,
in Trzebeż, Kr. Kulm, 50 evangelische und 73 katholische Kinder,
in Barlomin, Kr. Neustadt, 51 evangelische und 98 katholische Kinder,
in Kolincz, Kr. Stargard, 34 evangelische und 110 katholische Kinder.

Ähnlich, zum Teil noch schlimmer, stellen sich in dieser Beziehung die Schulverhältnisse in 13 Orten der Provinz Posen dar. So gibt es z. B. in ungefähr 20 Orten eine evangelische Schule, obwohl die katholischen Kinder teilweise eine mehrfache Mehrheit bilden. Die Zusammenstellung weist dagegen nicht eine katholische Schule auf, in der die evangelischen Kinder die Mehrheit bildeten. Im preußischen Staate der „Ruhe und Ordnung“ werden für einige evangelische Kinder Schulen gebaut, während nach Ansicht der preußischen Bureaukraten für einige Duzend polnischer Kinder eine katholische Schule nicht erforderlich ist.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 24 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 30. Januar 1909:

Unbegreiflich.

Mit Ausnahmegeetzen überschüttet uns die preußische und deutsche Regierung wie aus einem Füllhorn, das Sprachengesetz und das Enteignungsgesetz verwunden noch durch ihre Entsetzlichkeit und ihre Freiche unsere schmerz erfüllten Herzen. Diese Schläge hat uns die preußische Regierung und die Mehrheit des Reichstags versetzt. Es könnte scheinen, daß die polnische Volksgesamtheit nach so vielen schweren Schlägen der Regierung und ihren Hintermännern gegenüber unerbittlich und unverföhlich sein muß. Die Stimmung der Volksgesamtheit ist auch zweifellos so. Das wissen die Unrigen und die Fremden. In Anbetracht dessen ist es merkwürdig und unverständlich, wie bei den Beratungen betreffend die Wahlrechtsreform im preußischen Landtage der Vertreter der polnischen Fraktion, Abgeordneter Switala, eine Rede halten konnte, die zu den Geföhlen und Ansichten unserer Volksgesamtheit in krassem Widerspruch steht. Er erklärte nämlich, daß er bei dieser Gelegenheit keine sogenannte polnische Rede halten wolle, daß er aber leider die polenfeindliche Politik nicht übergehen könne. Der Abgeordnete Switala erklärte weiter, daß die polnische Fraktion u. a. auch deshalb mit der Forderung einer Wahlrechtsreform hervorgetreten sei, um die unberechtigten Vorwürfe der Gegner darzulegen, daß sich die Polen um die allgemeinen Angelegenheiten des preußischen Staats und Volks nicht gekümmert hätten, daß die Polen die Wahlrechtsreform im Interesse des preußischen Landes, der preußischen Bevölkerung und der Krone fordern.

Kein Pole wird diesen Standpunkt der polnischen Fraktion verstehen. Wir wenigstens verstehen ihn nicht. Das verfolgte, bedrückte und ausgebeutete polnische Volk schickt seine Abgeordneten nicht deshalb nach Berlin, damit sie sich um die Angelegenheiten des preußischen Staats und Volks kümmern, daß sie für das preußische Königreich und für den preußischen König arbeiten, sondern damit sie gegen das uns feindliche Regiment und gegen die uns feindliche Mehrheit der Berliner Parlamente die Interessen des polnischen Volks verteidigen. Aus Sorge für das preußische Königreich und die preußische Krone wird kein Pole zur Wahlurne gehen.

Aus Nr. 13 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 30. Januar 1909:

Kraft oder Ohnmacht?

Berlin, den 27. Januar 1909.

(Korrespondenz der Gazeta Opolska.)

Der Tag des 24. Januar 1909 wird in der Geschichte des Kampfes der Germanisatoren mit dem polnischen Volke als großer und bedeutender Tag verzeichnet sein: an diesem Tage ist der Beweis erbracht worden, daß sich das, was die Blockmänner, die preußischen Konservativen und die „Freisinnigen“, der Regierung als Waffe gegen die „großpolnische Agitation“ in die Hand gaben, indem sie den berüchtigten Sprachparagraphen des Vereinsgesetzes annahmen, als it u m pfe Waffe erwiesen hat . . .

Die Polen verstehen auch ohne Volksversammlungen eine sozial-nationale Agitation zu entfalten . . . Das haben die Polen in Charlottenburg bewiesen, indem sie nach der Zustimmung des Politischen Komitees für Berlin und Brandenburg einen „Wahlverein“ gründeten. Innerhalb 2—3 Monaten traten dem Verein rund 500 Mitglieder bei. In der ersten Vereinsversammlung im Dezember v. J. waren etwa 300 Mitglieder, obgleich es eine für viele unbequeme Tageszeit war, nämlich die Zeit nach dem Mittagessen des letzten Sonntags vor den Weihnachtsfeiertagen. In der zweiten Versammlung, eben an dem besagten Sonntag, dem 24. v. Mts., erschienen wiederum 300 Personen, und nach 2 1/2 Uhr nachmittags kamen noch fortwährend Vereinsmitglieder hinzu, als die Polizei, die den Saal betrat und daselbst, trotz der Aufforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen, verblieb, die Versammlung als öffentliche auflöste! . . .

Die Leser der Gazeta Opolska erfuhren bereits die Nachricht von dieser geizwidrigen Auflösung der Vereinsversammlung aus dem in der Montagnummer gebrachten Berliner Telegramm; ich mache daher nur auf das wesentliche Merkmal dieses Vorgehens der Polizei aufmerksam. Es ist dies einfach ein Bekenntnis der Ohnmacht des bisherigen Systems gegen die Polen! Freilich mußten die Vereinsmitglieder auseinandergehen, und sie taten dies in sehr würdiger und ruhiger Weise; freilich mußten sie der Übermacht weichen, die durch eine Reihe von Polizeibeamten mit Revolvern am Gurt, von Beamten repräsentiert war, die, einen höheren Befehl vollziehend, uns auseinanderreiben mußten und nötigenfalls die Anwendung von . . . Gewalt ankündigten. Ist aber ein System, das zu einem solchen Vorgehen seine Zuflucht nehmen muß, wirklich stark? . . . Nein, eine solche Befundung der Möglichkeit, Übermacht anzuwenden, um die Polen zu zwingen, deutsch zu sprechen, ist keine Kraft, sondern eine Kundgebung der Ohnmacht!

Ironisch schreibt auch das in der ganzen Welt gelesene „Berliner Tageblatt“, daß man „mit demselben Recht bald auch den schönen Polinnen verbieten werde, gemeinjam Kaffee zu trinken, sofern sie sich bei ihren Kaffeetränzchen nicht der Landessprache, der deutschen Sprache, werden bedienen wollen . . .“

Das „Berl. Tagebl.“ nimmt an, daß die Auflösung der Versammlung des Wahlvereins auf einer falschen Auffassung der polizeilichen Machtbefugnisse beruhe, und daß man diesen falschen Schritt wieder gutmachen werde . . . Es ist möglich, daß der von dem Vereinsvorstande eingelegte Protest den Erfolg haben wird, daß man den Fehler eingestehen wird . . ., das wird aber die Tatsache nicht beseitigen, daß man am 24. Januar 1909 die Versammlung eines polnischen Vereins aufgelöst hat. Man erschraf offenbar vor der wachsenden Kraft dieses Vereins, denn man hat, als

man den Sprachenparagrafen schmiedete, augenscheinlich nicht vermutet, daß die Polen, sich den neuen Arbeitsbedingungen anzupassen fähig sein und auf legalem und rechtlichem Wege die durch das Verbot öffentlicher Versammlungen vereitelte Tätigkeit weiter entfalten werden!

Hätten das diese starken Männer nicht voraussehen müssen?! Die größten Fanatiker forderten allerdings sofort ein Verbot auch der polnischen Vereine überhaupt!

Kann ein solches Verbot eintreten? Gewiß! Denn die gesetzwidrige Auflösung von Vereinsversammlungen, die die preussischen Gerichte werden verurteilen müssen, kann nicht immerwährend fort dauern. Sie, die Behörden, bedürfen eines „Rechts“, eines Gesetzes, welches solche Versammlungen für die Polen unmöglich macht . . .

Sind wir darauf vorbereitet? . . . Was die Mitglieder des Wahlvereins in Charlottenburg betrifft, so darf ich behaupten, daß die Mehrheit vorbereitet ist. Eins von ihnen erklärte mir dies gestern ausdrücklich. „Man wird sich in anderer Weise zu helfen wissen müssen“, sagte es mir. Und so wird es auch sein!

Wir werden uns zu helfen wissen, denn mit Gewalt kann man Herzen nicht gewinnen, materielle Übermacht ist keine geistige Kraft.

J. Skierka.

Aus Nr. 25 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 31. Januar 1909:

Betrifft die Verschmelzung der Arbeiterorganisationen.

Das Hauptorgan der deutsch-jüdischen Sozialdemokraten, der „Vorwärts“, erhielt von polnischen Sozialdemokraten aus Oberschlesien eine Zuschrift, in welcher verschiedene unwahre Dinge enthalten sind. U. a. kann man dort lesen, daß der Beuthener Verband unter dem Protektorat des Abgeordneten Napieralski stehe. Dem ist nicht so. Der Beuthener Verband war stets selbständig. Der Abgeordnete Herr Napieralski erteilte dem Verband, wenn er nach etwas gefragt wurde, Ratschläge. In den letzten Jahren geschah dies sehr selten. Der Beuthener Verband beriet seine Angelegenheiten selbst. Für ihn verantwortlich sind der Vorstand, der Aufsichtsrat usw., nicht aber der Abgeordnete Herr Napieralski, auch niemand von Leuten, die ihm nahe stehen. — Der Vorwärts stellt weiter die Sache so dar, als ob die Organisation (der Beuthener Verband) die „Praca“ (Beuthen) herausgebe und der Abgeordnete Herr Napieralski den ganzen — ich weiß nicht welchen — Profit aus der Praca gezogen habe. Der Beuthener Verband hat aber für die Herausgabe der Praca keinen einzigen Pfennig bezahlt. Der Verlag der Praca hat den Beuthener Verband freiwillig unterstützt, er verlangte und erhielt für die Bekanntmachungen usw. keinen Pfennig. Der Verlag der Praca brachte durch die Verbreitung der Aufklärung usw. für die Arbeiter Sache erhebliche Opfer, denn die Praca warf niemals irgendwelche Profite ab. — Der Vorwärts schreibt, es sei sicher, daß der Beuthener Verband in nächster Zukunft eine Filiale der (deutschen) christlichen Berufsverbände werden wird. Nach unserer Ansicht aber ist es sicher, daß sich der Beuthener Verband mit der Berufsvereinigung (Zjednoczenie Zawodowe) verschmelzen wird. — Der Vorwärts schreibt, der Gornik Polski (Polnischer Bergmann), das Organ der (deutschen) christlichen Berufsorganisationen, werde vom Februar ab in der Druckerei des Katolik gedruckt werden. Das ist ebenfalls eine Unwahrheit. Die Druckerei des Katolik hat schon vor

einigen Wochen den Druck von Plakaten für diese Organisation nicht mehr angenommen, und deren Organ, den Gornik Polski, wird sie ebenfalls nicht drucken. — Alle diese Lügen haben die obereschlesischen sozialdemokratischen Agitatoren nach Berlin berichtet, woher sie ihr Gehalt beziehen. Sie fürchten offenbar, daß durch die Verschmelzung aller polnischen Organisationen eine lebhaftere Bewegung unter unseren Arbeitern platzgreifen wird, wodurch mancher Betörte aus ihrem Lager flüchten und in diejenige Organisation übergehen wird, in welche er der Geburt nach hineingehört. — Wir machen darauf aufmerksam, daß die sozialdemokratischen Agitatoren diese Klatschgeschichten und Lügen wiederholen werden. Wir bitten, ihnen gut auf die Finger zu sehen und die nichtswürdige Klatschgeschichte und Lüge zu bekämpfen.

* * *

Korianty's Leiborgan, der Kurjer Słonski, schreibt in der gleichen Angelegenheit:

Die Sozialdemokraten veröffentlichen also interessante Sachen über Herrn Napieralskis Politik hinter den Kulissen. Die Christlichen schleichen in der Tat in Oberschlesien umher, und der frühere Beamte des Verbandes gegenseitiger Hilfe, Herr Mateja, bereist mit Herrn Borys Oberschlesien und agitiert zu gunsten der Christlichen. Mateja bekämpft bei dieser Gelegenheit leidenschaftlich den Verband gegenseitiger Hilfe und die polnische Fraktion, indem er die polnischen Abgeordneten mit Beschimpfungen überhäuft. Unlängst arbeitete Herr Napieralski an einer Verschmelzung des Verbandes gegenseitiger Hilfe mit dem Berliner Verband, aber wir vermochten noch beizeiten seine Pläne zu durchkreuzen. Jetzt sucht er nach dem Vorwärts wiederum unseren polnischen Verband mit den deutschen Christlichen zu verschmelzen. Wir erklären unsererseits, daß wir einer Verschmelzung des Verbandes mit den Christlichen nicht zustimmen, sondern mit allen Kräften daran arbeiten werden, daß sich unser Verband mit der Berufsvereinigung verschmelzen wird.

Aus Nr. 26 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 2. Februar 1909:

In Sachen des Gornik Polski

schrieben wir an dieser Stelle, daß dieses Organ der deutschen christlichen Gewerkschaften im Verlage des Katolik gedruckt werden soll. Wie wir ausdrücklich betonten, brachten wir diese Nachricht nach dem „Vorwärts“. Gegenwärtig stellt indes der Katolik jede Gemeinschaft mit dem Gornik Polski und überhaupt mit den deutsch-christlichen Gewerkschaften in Abrede. Wir stellen dies hiermit gern fest, obgleich sich in diesem Falle sicherlich niemand darüber wunderte, daß wir es glaubten, da uns schon im verflossenen Jahre von Unterhandlungen des Herrn Napieralski und seiner Anhänger mit dem Berliner Verband betreffend den Verband gegenseitiger Hilfe Mitteilung gemacht wurde, woraus doch leicht der Verdacht entstehen kann, daß dem Katolik an der nationalen Unabhängigkeit des Beuthener Verbands wenig gelegen ist. Wir freuen uns also, daß wir uns geirrt haben, wenigstens hinsichtlich der deutsch-christlichen Gewerkschaften.

Aus Nr. 23 des Kurjer Poznański (Posen)
von 29. Januar 1909:

Der Strachverein in Breslau.

Breslau, den 27. Januar.

Am Neujahrstage berief auf den Rat des Hauptvorstandes der Strach der gewesene Starost Herr Borowicz eine Versammlung zwecks Gründung eines Ortsvereins für die Stadt Breslau und Umgegend ein. Mit dem altpolnischen Gruße „Gelobt sei Jesus Christus“ eröffnete er die Versammlung und berief den Herrn Elusarczyk zum Leiter, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Nach der Berufung des Herrn Froncowski zum Schriftführer und der Verlesung der Tagesordnung schritt man zur Wahl des neuen Vorstandes. Man wählte zum Vorsitzenden den Herrn Kurnatowski, zum Kassierer den Herrn Borowicz, zum Schriftführer den Herrn Cipinski.

In den Beirat wurden auf den Vorschlag der Mitglieder die Herren Hordyk, Cyplik, Nowak und Zatrzewski gewählt.

Nach einer kurzen Unterbrechung verlas der Leiter die vom Hauptvorstande ausgearbeiteten Statuten, welche von den Versammelten angenommen wurden. Zum Delegierten für den nächsten Verbandstag wurde Herr Kurnatowski gewählt. Nachher verlas man das Regulativ der Strachvereine. Es wurde beschlossen, daß die Versammlungen einmal im Monat, und zwar im Lokal „Casino“, Neue Gasse Nr. 22, stattfinden sollen. Während der freien Aussprache wurde vom Herrn Cyplik der nationale Katechismus verteilt. Der Verein zählt gegenwärtig 121 Mitglieder.

Es liegt im Interesse eines jeden Polen, sich als Mitglied einzuschreiben, um damit diese so notwendige Volksinstitution, in der man viel Gutes schaffen kann, zu unterstützen.

Weil in der nächsten Versammlung, die auf Sonntag, den 31. Januar d. J. fällt, Herr Karl Rzepecki aus Posen als Delegat sprechen wird, bitten wir, daß alle Mitglieder um 4 Uhr nachmittags kommen und damit zeigen, daß ihnen die nationale Sache am Herzen liegt.

Der Vorstand des Strachvereins
für die Stadt Breslau.

Aus Nr. 13 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 30. Januar 1909:

Aus Chroschütz.

Unser Hochwürdiger Herr Pfarrer beklagte sich auf der Kanzel, daß wenig Kinder die hl. Messe besuchen, und ermunterte das Volk, seine Kinder zur ersten hl. Messe zu schicken. (Sicherlich Sonntag? — Die Red.) Er sagte, daß mancher Vater lieber das Geld vertrinke, als dem Kinde Hosen kaufe, damit es zur Kirche gehen könnte. Da die Mahnung am Feiertag geäußert wurde, wo auch Leute aus entfernteren Gegenden in unsere Kirche kommen, darum wird es billig sein, die Sache ein wenig aufzuklären. — Bei uns werden am Sonn- und Feiertage zwei hl. Messen abgehalten, die erste mit deutschem Gesang und deutscher Predigt, die zweite mit polnischem Gesang und polnischer Predigt. Die erste hl. Messe ist sozusagen für die Deutschen, da doch ihrer hier im ganzen vier sind, natürlich außer den Lehrern und dem Dienstpersonal des Herrn Pfarrers. Und da das polnische Volk größtenteils nach der hl. Messe die Kirche verläßt, ohne die deutsche Predigt abzuwarten, deutsche Kirchenbesucher es aber nicht gibt, so sollen

meines Erachtens die Kinder die Zuhörer ersetzen, damit sie die deutsche Predigt mit Nutzen hören lernen. Als Beweis hierfür führe ich an, daß auch manche Lehrer unter Strafandrohung die Kinder die Kirche während der ersten, mithin der deutschen Messe, besuchen heißen. Ein Lehrer bestrafte sogar einen Knaben deshalb, weil er die Kirche verließ, ohne die deutsche Predigt abzuwarten. Ist denn das keine Germanisierung in der Kirche? Es gibt auch einige polnische Kinder, die an Sonn- und Feiertagen auf dem Chöre deutsche Lieder singen, gleichsam um sich zu rühmen, daß sie deutsch zu schreiben verstehen, oder um sich bei den Lehrern beliebt zu machen. Dann aber beklagt euch nicht, liebe Eltern, wenn eure Kinder, sobald sie heranwachsen, euch nicht gehorchen und sich eurer schämen. Ihr seid selbst schuld daran. Macht vielmehr den deutschen Kindern Platz. Mögen während der deutschen Andacht die Deutschen singen, lehrt ihr aber eure Kinder lieber polnisch lesen und schreiben, damit sie in der Kirche in ihrer Muttersprache singen können und damit ihr später, wenn die Kinder in anderen Gegenden arbeiten, ihre Briefe nicht von Nachbar zu Nachbar zu tragen und euch nicht überzeugen zu lassen braucht, was in diesen Briefen geschrieben steht. (Für den Gruß danken wir herzlich, und wir grüßen gleichfalls. — Die Red.)

Aus Nr. 13 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 30. Januar 1909:

Aus Alt-Poppelau im Kreise Oppeln.

Obgleich es keine Neugier ist, so läßt es dem Menschen dennoch keine Ruh, ein paar Worte über die sich ausbreitende Germanisation in die Zeitung zu setzen, denn wie anderswo, hat man auch bei uns in Poppelau begonnen, sogenannte Elternabende zu veranstalten. Wir haben hier Ordensschwestern, deren Germanisierung schon genügen müßte, denn eine von ihnen unterrichtet die kleinen Kinder, das ist die Spielschule, aber außerdem mußten noch die Elternabende eingeführt werden. Und so fanden hier in letzter Zeit sogar zwei solche Abende statt, der eine am Freitag, den 22. Januar, für kleine Kinder, der zweite am Sonnabend, den 23. Januar, für Erwachsene. Aber was läßt sich dagegen tun? Wir müssen schon diese Ungehelichkeiten verdauen, denn die Hafatisten müssen für diese polenfeindlichen Dinge Geld haben. Ich bemerke gleich, daß diese Unterhaltungsabende in diesem Monate stattfanden; möge denn schon sein, wie ihm wolle, wenn nur die Väter (Eltern) vernünftiger wären und diese Unterhaltungen nicht besuchen würden, denn das ist nichts für sie; aber leider ist das Gegenteil der Fall, denn auch die Alten gehen wie die Fliegen auf den Leim. Ein Kluger wird dort natürlich nicht hingehen, sondern er wird sich die Zeitung oder ein Buch in die Hand nehmen, denn heutzutage sind für uns der Germanisierung ausgesetzte Polen Zeitungen und Bücher die einzige Rettung. Für den polnischen Bauern paßt es gleichfalls nicht, den Kriegervereinen und anderen „vereiny“ beizutreten. Ich muß noch hinzufügen, daß auch unser verehrter Herr Pfarrer zum Lesen nur guter Zeitungen anregt, namentlich aber empfiehlt er die Gazeta Opolska, da schon in der Nr. 6 vom 14. Januar eine vom hl. Vater selbst stammende Anregung enthalten war, daß wir katholische Blätter lesen sollen, denn wessen es früher nicht bedurfte, das ist heute durchaus notwendig. „Seien wir nicht wie das Pferd und der Maulesel, die keinen Verstand haben“ — lesen wir in einem Bußpsalm.

Aus Nr. 10 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 23. Januar 1909:

Aus Luginiany.

Liebe Brüder und Landsleute! Die Verhältnisse, die bei uns in letzter Zeit Platz gegriffen haben, sind geradezu unerhört, und das Herz blutet einem bei der bloßen Erinnerung an sie. Was ist denn das, wird mancher fragen? Ich bitte um ein wenig Geduld, ich werde es euch sofort erläutern. In unserm rein polnischen Dorfe kann sich nicht ein einziger polnisch-katholischer Verein halten, denn obgleich die Lokalbesitzer, mit Ausnahme eines einzigen, Polen sind, kann der genannte Verein keinen Platz für seine Versammlungen bekommen. Die Hauptursache des Verfalls dieses Vereins ist aber die Saumseligkeit der hiesigen Polen. So geht es in dem polnischen Verein zu, der zwar noch besteht, aber schon in den letzten Zügen liegt. Sehen wir uns jetzt die deutschen „fereiny“ an. Hier ist es ganz anders; diese prosperieren so gut wie möglich. Wie viele Deutsche sind denn in diesen „fereiny“? In dem sogenannten „kriegerferein“ sind ihrer (ich bitte nicht zu erschrecken) im ganzen zwei, die übrigen sind lauter Polen. Obgleich dieser „kriegerferein“ lutherisch und germanisatorisch ist, so gehören ihm dennoch unsere evangelischen und deutschen Beamten überhaupt nicht an. Diese lachen auch die Polen einfach aus, die sich freiwillig germanisieren. Liebe Landsleute, nehmt euch an diesen Deutschen ein Beispiel, die nur deshalb diesem Verein nicht angehören, weil in ihm nur Polen sind, denn sie können nicht verstehen, wie ein katholischer Pole einem solchen Verein angehören kann. Schimpf und Schande den Polen, die zu ihrem Verderben blindlings auf den Leim dieser germanisatorischen Vereine gehen.

Aus Nr. 25 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 31. Januar 1909:

Aus Lubliniz.

Ich teile mit, daß auch hier eine Volksbank nötig wäre. Hier ist die ganze Umgegend polnisch, und es ist hier keine Bank, wo die Bevölkerung in ihrer eigenen Mundart sprechen und ihre Geldangelegenheiten in ihrer Art erledigen könnte. Darum überlegen schon die hiesigen Bürger ernstlich, ob es nicht gut wäre, auch in Lubliniz eine Volksbank zu gründen, denn das Bedürfnis nach einer solchen Bank macht sich hier schon immer mehr fühlbar. Mögen darum unsre Leute aus der Umgegend darüber nachdenken und die Angelegenheit in Erwägung ziehen, in den Zeitungen aber auch ihre Stimmen vernehmen lassen. Mögen alle diese Nachricht in der Umgegend unter denen verbreiten, die unsere Zeitung nicht lesen, und mögen sie die Leute darauf aufmerksam machen, damit die Bank, wenn sie in Lubliniz gegründet werden wird, sofort ein ausgedehntes Arbeitsfeld hat. In einem solchen Falle kann eine Volksbank auch in Lubliniz gute Erfolge erzielen.

Aus Nr. 21 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 27. Januar 1909:

Aus Byfowina.

Der polnisch-jüdisch-deutsche „kriegerferein“. Obgleich Herr Boehm als Jude bei der Vorstandswahl der Feuerwehr eine Niederlage erlitt und zu ihrem Vorsteher nicht gewählt wurde, gibt er die Hoffnung

auf einen Sieg nicht auf. Er bemüht sich vielmehr, seinen Gegnern zu gefallen, wenn nicht auf diese, so auf jene Weise. Da er auch dem „kriegerferein“ angehört, sucht er seine „Treue“ gegen die Behörden auf Schritt und Tritt zu bekunden, und ich wundere mich sehr, daß er trotz alledem in seinen Reihen Untreue hat, ich hoffe aber, daß sich auch diese Feinde durch einige Fätschen werden beruhigen lassen, worin unser Dorf berühmt ist. Der Groll, der am vergangenen Sonntag in der Generalversammlung der Feuerwehr zutage trat, ist ein wenig gewichen, denn wie ich heute zu bemerken in der Lagewar, führte Herr Boehm den „kriegerferein“ in die katholische Kirche zur deutschen Andacht. Bisher pflegte Herr B. seinen „ferein“ alljährlich an Kaisers Geburtstag zur polnischen Andacht zu führen. Jetzt aber ist in dieser Beziehung eine Änderung eingetreten, denn der „ferein“ ist „deutsch“, weil ihm sogar drei Deutsche angehören, die übrigen sind Polen, und Herr B. ist schließlich mosaischer Abkunft. Ein schöner „ferein“, nicht wahr? Schön und tüchtig, denn als heute alle (26) ausmarschierten, bildeten noch einmal so viel Kinder und Bäckische ein sogenanntes „szpalier“, und jeder „ferajniit“ trug den Bart hoch, denn das ist „fein“, nicht wahr? So also unterhalten sich unsre Brüder. Anstatt polnischen Vereinen anzugehören und polnische Blätter zu lesen, treiben sie sich dort herum, wo sie als fünftes Rad am Wagen gelten, und sie lesen „Wyndrusy“ (Wanderer); dann verhunzen sie unsere polnische Sprache, denn deutsch verstehen sie ja nicht, sie radebrechen also halb polnisch, und im übrigen versteht sie kaum jemand. Darum wäre es gut, daß in unserm Dorfe irgend ein polnischer Verein gegründet würde, damit diese „ferajniiten“ die breitere Allgemeinheit nicht vergiften, indem sie sich auf einen so gemischten Verein berufen und sagen, daß sie zwar nur diesen, aber doch einen Verein haben, während wir gar keinen Verein haben.

Aus Nr. 23 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 29. Januar 1909:

Aus Rudoltowitz.

Im Januar 1909. Als ich mich am Sonnabend, den 9. d. M., nach schwerer Arbeit zur Ruhe begab und in einen festen Schlaf versank, weckt mich plötzlich irgend ein sonderbarer Lärm. Ich sehe zum Fenster hinaus, ungewiß, ob mich nicht irgend ein Traum wach rief; ich lege mich von neuem nieder; plötzlich höre ich irgend einen Gesang fremder Geister oder so etwas! — Gesang? Ich kleide mich rasch an, ich trete hinaus, wiederum Stille; ich lausche, gehe weiter und komme zur St. Johannes-Kapelle, und wiederum vernahm ich das Echo einer Melodie. Und wie man es in dem rein polnischen Parochialdorfe Rudoltowitz erwarten kann, horche ich, ob dies nicht der Gesang unsrer Jugend ist. Nein, ich lausche wieder — das sind nicht unsre Leute, und da ich eine Akademie deutschen Gesanges mit preussischer Melodie absolviert habe, erfaßte ich die Worte der Melodie des preussischen Geistes Bismarcks: Vaterland, Vaterland; ich sage zu mir: das ist doch hier nicht euer Vaterland, woher sind sie nach hier gekommen? Hier ist doch unser Vaterland, ein Teil unsres Landes, aber kein Vaterland. Ich gehe indes weiter, um zu hören, ob nicht Späsmacher ein Lied gedichtet: Feindesland, Feindesland; doch nein. Ich komme endlich an den Punkt, wo sich die Wege kreuzen, rechts liegt das Wirtshaus des Herrn Rutowski. Ich sehe zu, und ich erblicke Gestalten der polnischen Jugend beim Turnen des preussisch-deutschen Turnvereins, und da dort tüchtiges Deutschtum herrscht, so suche ich

Deutsche, aber ich sehe keine; ich reibe mir die Augen und putze mir die Brille, denn es müssen doch dort Deutsche sein, wenn sie der hochwürdige Herr Pfarrer während der Predigt von der Kanzel herab in deutscher Sprache „deutsche Parochianen“ anredet. Endlich erblickte ich doch drei: den Apotheker und zwei unsrer Knappschaftsärzte; das ist die ganze Macht der deutschen Parochianen. Der Herr Apotheker schlägt einen Gesang vor, der jüngere Arzt hilft ihm wacker, aber, Gott sei es geklagt, es ist ein Gesang, wie derjenige deutscher Buryschen beim Becher Bier. Nach dem Gesang hielt der Herr Apotheker einen Vortrag, und die Söhne unsrer polnischen Eltern lächelten ihm sehr zu, denn das war gewiß „fajn“; wiederum ein Gesang, nach dem Gesänge ein Vortrag eines der Ärzte, wie mir scheint, und zwar über irgend einen Kongreß oder eine Weltkonferenz. Dieser Vortrag war sicherlich ebenfalls irgend ein Schabernack, denn unsre polnischen Deutschen, die zu deutschen Parochianen ausgebildet werden, lächeln gleichfalls sehr, denn sie haben die Worte des Vortrags vielleicht falsch verstanden, da es schon nach 11 Uhr war. „Die Apotheke ist eine Giftbude, der Chemann ist ein Esel“ oder so ähnlich wurde dort geplappert. Als gelehrte Personen müßten diese Herren wissen und so viel Verstand haben, daß der Jugend verständliche und gute Vorträge geboten werden müssen, sie darf aber nicht germanisiert werden, denn das verdirbt sie nur — Germanisierung ist Protestantisierung. Darum habt acht, Väter, auf unsre Söhne, abonniert polnische Zeitungen, und treibt die „Wanderer“ aus euren Häusern und aus den Herzen eurer Söhne fort. Ein andres Mal mehr. — Die geehrte Redaktion grüße ich.

Aus Nr. 17 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 22. Januar 1909:

K l o d n i z, den 8. Januar 1909.

Schon mehrere Wochen sind vergangen, seit in dem Dörfchen Kuzmica der ersiehnte germanisatorische Unterhaltungsabend stattfand. Und was habt ihr davon, Eltern, die ihr die Kinder plappern hörtet? Aber das war ja „fein.“ Ja selbst die Tochter des Gvatters hatte sogar zwei „fortragi“ (Vorträge), einen so guten Kopf hat sie. Und noch mehr war dort, plötzlich höre ich hura, hura, hura, so daß es in Wolek (?) erdröhnte! Eine Schande ist das, aber ich muß gestehen: Ich würde nie so rufen, denn das ist dajez, ich will kein Nachkomme der Dajczow (Deutschen) sein, denn die alten dajczow waren „ein wildes kriegerisches Volk.“ Die auftretenden Kinder sollen je 5 M erhalten haben, das amüsanteste aber war, daß ein Frauchen sagte: Was für ein Dummkopf war derjenige, welcher im Polak schrieb, daß man zu solchen schönen abenthy nicht gehen solle, war doch dort alles sehr fajn. Und als ich fragte, wovon dort geplaudert wurde, antwortete sie: Ich habe ja dort nichts verstanden, aber sie sprachen sehr schön, „Das ist“, mehr verstand ich nicht, aber alles war sehr schön, es war dort sehr fajn. Und da rede einer noch vernünftig! — Liebe Brüder, ein neues Jahr hat begonnen, mögen auch neue Zeiten eintreten! Warum lobt ihr diese euch aufgebrungene Sprache, während ihr die heimatlichen Gebräuche für nichts achtet? Mancher von euch erhielt von den Vätern irgendein Häuschen oder einige Groschen, die sich eure Väter verdient haben; warum verachtest du, lieber Bruder, aber diesen Reichtum und dieses Erbteil nicht, während du den anderen Nachlaß für nichts hältst? Darum rufe ich euch Landsleuten zu: Werdet taub für die Stimme der hafatistischen Trompete, denn sie ist keine Trompete, die zum letzten Gericht ruft.

Denket daran, wenn man euch am nächsten Sonntag wiederum mit einem germanisatorischen Unterhaltungsabend beehren wird! Setzt euch nicht dem Gelächter der Herren Deutschen aus!

Aus Nr. 17 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 22. Januar 1909:

Aus Summin.

Liebe Brüder! Wir wählten als Schulzen den Kostecka, aber er nahm das Amt nicht an, weshalb uns das Recht zusteht, einen zweiten zu wählen. Wir müssen einen solchen wählen, der für unsere Gemeinde, für ihre Entwicklung und ihr Wohl sorgen wird. Unser Schulze muß vor allem Pole und Katholik sein. Er muß ein guter Pole sein, der die Muttersprache liebt, und nicht irgendein „Stein im Wege“, der zu Haus deutsch spricht und vom polnischen Brote lebt, er muß ein guter Katholik sein, denn wir alle sind Katholiken. Weiter muß unser Schulze ein Ackerwirt sein, der selbst hinter dem Pfluge hergeht, der selbst sät und mäht, nicht aber irgendein Bäcker, Schuster oder Fleischer. Achtet darauf, Brüder und Wirte, denn davon wird das Wohl der Gemeinde und auch unser Wohl abhängen. Den Lehrer können wir nicht wählen, denn er ist ein Deutscher, er hält es mit den Herren und bläst mit ihnen in ein Horn. Hütet euch Brüder, den Lehrer zu wählen. Auch dem Gastwirt dürfen wir unsere Stimme nicht geben, denn dann werden wir in der Gemeindeversammlung anstatt zu verhandeln, trinken und unsere Besitzungen verschachern. Wir haben so viele Beispiele in unserem Dorfe, daß die Wirte ihre Besitzungen vertrunken oder durch Trunksucht mit Schulden belastet haben. Wenn im Dorfe kein Wirt ist, der würdig ist, das Schulzenamt zu bekleiden, so wählen wir doch einen Wirt aus „Podlesie.“ Dort sind solche Wirte, die sich zum Schulzen eignen! Seien wir eines Sinnes, und wählen wir einmütig einen Wirt. Denken wir an uns und sorgen wir für uns. Wir müssen besser schalten und walten, als bisher. Unsere Kinder germanisieren sich, und das ist der erste Schritt zur Lutherisierung. Unsere Kinder vergessen das polnische Gebet und grüßen auf der Straße deutsch. Das Deutschtum und mit ihm das Luthertum schleichen sich in unsere Häuser, unsere Jugend wird der Kirche gegenüber gleichgültig. Unsere Pflicht ist es, dem abzuwehren, und darum machen wir doch wenigstens einen Schritt vorwärts, wählen wir als Schulzen einen Wirt, einen katholischen Polen.

Aus Nr. 22 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. Januar 1909:

Aus Mysłowiz, im Januar 1909.

Achtung, liebe Leser des Polak und Kurjer Slonski! Der Hafatismus will uns Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen wie Krebse in Käfige fangen, uns Parochianen polnischer Nationalität dem Berliner Verband anschließen. Höret also! Am Dreikönigstage kündigt Herr Pfarrer Spindel nach der Vormittagspredigt an, daß Nachmittag gleich nach der polnischen Vesperandacht eine Versammlung polnischer Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen stattfinden werde, während Herr Kaplan Dudek in der ersten Vesperandacht bekannt machte, daß eine Versammlung für die deutschen arbeitenden Frauen und Mädchen stattfinden werde. Wie wir sehen, wollte man die Stühle der deutschen Frauen mit polnischen Frauen besetzen und umgekehrt. Ist dem so oder nicht? — Eine andere

Angelegenheit: Sonntag, den 10. Januar, vormittags nach der Predigt machte Herr Kaplan D. bekannt, daß der Herr Geistliche Rat den 25. Jahrestag seiner Tätigkeit in der Myslowitzer Parochie begehen werde. Er ermunterte also die Leute sehr, die Andacht zu besuchen, die Sonntag um 9 Uhr stattfinden wird, d. h., wenn die deutschen Parochianen Andacht haben. Um aber möglichst viel Polen zu dieser deutschen Feier heranzuziehen, kündigte er an, daß auch eine polnische Predigt sein werde. Er vermeldete auch eine Kollekte für die vom Erdbeben heimgesuchten unglücklichen Italiener. In anbetracht dessen erwägt Brüder und Schwestern, Leser und Leserrinnen des Polak und Kurjer und aller polnisch-katholischen Blätter, was ich sage: Möge die polnische katholische Nation für diese Unglücklichen besonders Beiträge sammeln, möge sie dieselben als von den Polen aus dem preußischen Königreich und Deutschen Reich besonders absenden, möge man dort erfahren, daß auch wir Polen, durch die preußische Sklaverei und mit dem Kurassierstiefel bedrückt und beleidigt, aus Nächstenliebe Beiträge spenden; denn wenn wir Beiträge zusammen mit den Deutschen und Sakatisten sammeln werden, so wird niemand erfahren, daß auch wir etwas gegeben haben. Geben wir also Geld nur bei den Kollekten während der polnischen Andachten. Alle Parochien mögen so verfahren und darauf achten, daß die Beiträge dementsprechend verandt werden.

Aus Nr. 23 des Kurjer Śląski (Kattowiz)
vom 29. Januar 1909:

Aus Polnisch-Weichsel.

Liebe Leser! Ich teile mit, daß auch bei uns an der Grenze ein solcher unglückseliger „Eternabend“ veranstaltet wurde und ein Kriegerverein besteht. Ich bitte vor allem euch Eltern, schickt eure Kinder zu keinen solchen Unterhaltungen, denn das ziemt uns Polen und Katholiken nicht. Ich bitte unseren Herrn Lehrer B., daß er, wenn er seinen Kindern wirklich solche Vergnügungen veranstalten will, zu den Deutschen gehen möge, aber unter den Polen tue er es nicht, denn wir ertragen das nicht. Es wäre besser, wenn der Herr Lehrer für dieses Geld der Schule, den armen Kindern, deren es hier genug gibt, ganze Bücher kaufen würde. Man erzählt sich bei uns, daß diese Vergnügen für das Geld stattfinden, welches der Lehrer als Schulstrafen erhebt. Trauriger ist es noch, daß die polnischen Eltern diese „abenty“ besuchen; dann freuen sich die Deutschen und schreiben in den Zeitungen, daß die Polen an den Vergnügungen zahlreich teilnehmen. Das ist für uns eine große Schande. Wir müssen zusehen, daß den Deutschen die Lust zu solchen abenty vergeht, d. h. man besuche sie nicht, dann wird man sie nicht veranstalten, denn es wird für niemanden notwendig sein. Dasselbe gilt auch für den Kriegerverein bei uns. Es gehören ihm solche an, die kein Wort deutsch verstehen, und dennoch gehen sie Sonntags hin und plappern mit dem Munde wie ein Papagei „Seidmiry . . .“ Man kann dort verschiedene, Junge und Alte, sogar Kahlköpfe antreffen, die schon auf den Füßen nicht mehr stehen können. Sie lassen sich von einem Protestanten kommandieren und gehorchen ihm mehr, als dem Priester in der Kirche. Das ist auch eine Schande für uns. Es gibt Leute, die keinen Pfennig haben, um Salz zu kaufen, dem Kriegerverein gehören sie aber an, wenn sie auch Geld zu diesem Zweck leihen müßten. So verderben die Leute und werden immer schlechter! Ihr tötet besser, Eltern, wenn ihr, anstatt das Geld für abenty und den Kriegerverein hinauszuerwerfen, euch ein polnisches Buch kaufen oder eine gute polnische Zeitung abonnieren würdet.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen)
vom 15. Januar 1909:

Kattowiz.

Die Generalversammlung unseres Vereins fand am 27. Dezember v. J. statt. Nach dem Berichte des Kameraden Vorsitzenden Szyperski hinfut unser Verein, trotz guter Entwicklung, in bezug auf die Gymnastik, weil ein entsprechender Saal fehlt. Die Reichshalle, in der wir von Zeit zu Zeit üben können, ist gewöhnlich durch deutsche Vereine besetzt, und unsere Kameraden, die zum Übungsabend kommen, müssen wieder unverrichteter Sache nach Hause gehen. Besonders im Winter ist die Halle fast jeden Abend besetzt. In Anbetracht dessen fallen die Übungsabende bis März aus. Daß in Anbetracht dieser schwierigen Verhältnisse die Gymnastik unseres Vereins nicht auf der Höhe der Aufgabe steht, braucht man nicht erst zu erwähnen. Nicht minder schlecht stellen sich die Monatsversammlungen vor. Auf Grund des neuen Vereinsgesetzes verhinderte die Polizei unsere Zusammenkünfte ein halbes Jahr lang. Trotz dieses Mißgeschicks sehen wir ruhig in die Zukunft und suchen gleichzeitig der Drangsal vorzubeugen. Es wurden zwölf Abteilungs- und sieben Monatsversammlungen mit Vorlesungen und Besprechungen abgehalten. Durchschnittlich nahmen an den Versammlungen 25 Kameraden teil. Am Jahreschluß zählte man 75 Mitglieder, von denen 16 verzogen bzw. gestrichen wurden. Die ins neue Vereinsjahr zu übernehmende Zahl würde 59 betragen, wenn der Vorstand nicht noch einige Mitglieder wegen Nichtbezahlung des Monatsbeitrags streichen wird. Es fanden 52 Übungsabende statt, an denen 440 Kameraden teilnahmen. Am Gaudiumsfeste nahmen 15 teil — einer erhielt einen Preis. Der Stand der Kasse beträgt in den Einnahmen 334,13 M., in den Ausgaben 218,49 M.; zu übertragen sind 115,64 M. Es wurden wiedergewählt: Szyperski zum Vorsitzenden, Kowalczyk zum Schriftwart und Willim zum Turnwart. In den Beirat gehören: Nowicki, Rzepka, Sappa, Drobisz, Jesionek, Kuzaj, Fräulein Wloczek und Fräulein Jesionek.

Nach der Generalversammlung wurde das Weihnachtsvergnügen mit Geschenkverlosung abgehalten, letztere trug 71,66 M. ein. All Heil!

Der Vorstand.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 25 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 31. Januar 1909:

Das politische Komitee beschloß in seiner gestrigen Plenar-Sitzung nach langer und sachlicher Beratung die Annahme neuer Satzungen für ihre künftige Tätigkeit. Alle Änderungen in der bisherigen Organisation wurden durch die zahlreich besuchte Versammlung einstimmig angenommen. Die neuen Satzungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden.

Aus Nr. 23 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 29. Januar 1909:

Die Furcht der Geistlichen vor der Regierung und Polizei.

Der neue Propst der St. Piusparochie, Geistlicher Breuer, hat es für notwendig erachtet, uns die nachstehende Berichtigung zuzusenden:

Berlin NO 18, den 26. Januar 1909.

In Anbetracht der Nachricht in der Nummer 19 und 20 des Dziennik Berlinski, betreffend den polnischen Vorbereitungsunterricht zu den ersten heiligen Sakramenten in der St. Piusparochie, erkläre ich hiermit, daß ich die ständige Einführung des Vorbereitungsunterrichtes in polnischer Sprache niemals beabsichtigt habe, ich habe solches auch nicht von irgend welchen Bedingungen abhängig gemacht.

Wahr ist nur soviel, daß ich manchen Eltern, die mich darum gebeten haben, versprochen, daß ich bereit sei, ihren Kindern bei diesem Unterrichte in polnischer Sprache zu helfen, damit sie den deutschen Unterricht besser verstehen könnten, doch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie auch am deutschen Unterricht teilnehmen.

Mit Achtung
Geistlicher Breuer, Propst.

Wir bedauern sehr, daß Pfarrer Breuer ähnlich wie sein Vorgänger, Pfarrer Frank, der inzwischen Kanonikus in Breslau geworden ist — und das nicht einmal auf geradem Wege durch den Bischof, sondern durch Berliner amtliche Kreise, seinen polnischen Parochianen durch die Einführung des polnischen Vorbereitungsunterrichts keine Gerechtigkeit will zu teil werden lassen, was übrigens als katholischer Geistlicher seine heilige Pflicht wäre. Die Berichtigung des Pfarrers Breuer ist sehr charakteristisch. Aus ihr leuchtet die Tendenz hervor, daß ihm sehr daran gelegen ist, nach oben hin nicht etwa beschuldigt zu werden, er habe eine der wichtigsten Forderungen seiner polnischen Parochianen berücksichtigt, über die er bisher wahrlich nicht zu klagen hatte, denn sie haben ihn sehr herzlich und ohne Vorurteil begrüßt.

Durch seine Absage zwingt Pfarrer Breuer die polnischen Eltern, die ihre Kinder zu guten Polen erziehen haben und die den Vorbereitungsunterricht nicht zu germanisatorischen Experimenten mißbrauchen lassen wollen, zur Wiederholung dessen, was wir schon in dieser Parochie haben, d. h. daß sie ihre Kinder in den großen Ferien nach der Heimat schicken und daß diese dort zur ersten Beichte und Kommunion gehen.

Welch ein Geschrei würde wohl in der gesamten Zentrums Presse entstehen, wenn bei uns im Großherzogtum irgend ein polnischer Geistlicher verlangen würde, daß die deutschen katholischen Kinder zum polnischen Vorbereitungsunterrichte gehen sollten!

Man würde das mit Recht als einen Gewissenszwang betrachten. Hier geht dem deutschen Geistlichen ein solcher Gewissenszwang durch, und seine vorgelegte Behörde bleibt auf alle bei ihr gemachten Vorstellungen hin taub.

Muß ein derartiges Verfahren nicht selbst die besten polnischen Katholiken von solchen Seelsorgern abschrecken?

Möge sich Pfarrer Breuer auf diese Frage selbst die Antwort geben!

Aus Nr. 21 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Januar 1909:

A u s r u f an die polnischen Arbeiter in Deutschland.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Landsleute! Gerade in der Zeit, in welcher der Arbeiter in Deutschland seine Aufmerksamkeit am meisten auf die sich vollziehende Änderung in der Arbeitergesetzgebung richten sollte, wo jetzt gerade im Reichstage ein Projekt über Arbeiterkammern sowie eine ange-

messene Reform im Bergbauwesen usw. eingebracht ist, vergessen die deutschen Verbände diese Angelegenheiten und waschen den eigenen Parteischmutz.

In dem Augenblicke, wo die Arbeiter ihren Blick auf solche schrecklichen und völlig veränderten Zeiten gerichtet haben und die polnischen Verbände ohne Ruhe dahin arbeiten, sich durch Vereinigung zu verstärken, bewerfen sich die deutschen Verbände gegenseitig mit Schmutz und Lügen und denken augenblicklich gar nicht daran die Waffen fortzulegen. Gleichzeitig ist auch eingetreten, was der polnische Arbeiter schon längst vermutete und sagte, nämlich, daß die deutschen Verbände so parteiisch sind, daß sie der größte Existenzkampf nicht entwaschen kann. Euch lieber Landsleuten wird das Unglück in der Radbodgrube bekannt sein, das so viele Opfer gefordert, und die Hinterbliebenen gezwungen hat, die Hände nach einem Stückchen Brot auszustrecken. Anstatt es in einem allgemeinen Kongresse zu rächen, auf dem man in lebenden Worten die Unzulänglichkeit der Bergarbeitergesetzgebung, die das Unglück herbeigeführt hat, vortragen könnte, gehen die deutschen Verbände in diesem wichtigen Augenblicke einer hierhin, der andre dorthin. Was soll man denn dazu sagen, wenn der christliche „Gewerkverein“ mit Herrn Behrens an der Spitze von der Beteiligung an dem Kongresse sich nur in leeren Worten ausgedrückt hat.

Wenn man dann wieder die andern deutschen Verbände hört, die den Gewerkevereinen direkt vorwerfen, daß ihre Arbeiterfilialen durch die Kapitalisten gefördert werden usw., so drängen sich einem bei solchen und hundert andern Vorwürfen unwillkürlich die Worte auf die Lippen: Eher werden sich Feuer und Wasser vereinigen, bevor sich der sogenannte deutsche Michel verträgt.

Es geht uns ja nicht direkt darum, daß sich die deutschen Verbände vertragen sollen, denn was geht das uns an, uns kümmert nur die Arbeiterangelegenheit, die gewiß einen andern Verlauf nehmen würde, wenn nicht die Spaltung der deutschen Verbände wäre.

An euch, Landsleute im Deutschen Reiche, wenden wir uns, seht euch die Sache näher an und erwägt, was ihre Bestrebungen um die Arbeiterexistenz wert sein können, wenn sich die Verbände selbst im Schmutze der Lügen herumwälzen und sich fortwährend in den Haaren liegen.

Wir haben es im letzten Augenblicke so weit gebracht, die beiden polnischen Verbände zu verschmelzen. Sie dagegen rufen jedes Jahr einen oder zwei neue Verbände ins Leben und bauen dadurch aus einem schlechten Wagen zwei Schubkarren ohne Räder. Beweis dafür ist der gelbe Verband.

Durch die Verschmelzung mit Oberschlesien um mit gemeinschaftlichen Kräften zu streben und zu kämpfen, beginnt nunmehr ein neues großes Werk. Anstatt daß sie das als eine große und gute Tat anerkennen sollen, daß der polnische Arbeiter im eigenen Lager eine Macht gründet, bewerfen sie uns mit Schmutz. Wenn das auch die Deutschen nicht direkt selbst tun, so haben sie dazu ihre dienstbaren Leute in der Person des Herrn Buchner und anderer, denen sie das als Verdienst anrechnen, wenn sie die polnischen Arbeiter entzweien.

Beurteilt das selber, Landsleute, besonders ihr in der Heimat, die ihr in mancher Hinsicht glücklicher seid als wir in der Fremde, und es warm habt am häuslichen Herde und gebt dem dadurch Ausdruck, daß ihr euch von den deutschen Verbänden losreißt. Ihr in Berlin, in Sachsen, in der Lausitz und in ganz Deutschland Zerstreuten, zeigt, daß der polnische Arbeiter so viel Selbstschätzung besitzt um zu fühlen, daß er sich nur im

eigenen Lager gehörig erwärmen und aufklären kann, um fähig zu sein, die ihm auf dem sozialen Felde zustehenden Rechte zu erringen.

Zentral-Vorstand der polnischen Berufsvereinigung in Bochum.

Aus Nr. 2 der Sila (Bochum)

vom 20. Januar 1909:

Über die inneren Angelegenheiten der „Polnischen Berufsvereinigung.“

Die Angelegenheit der polnischen Verbände schreitet vorwärts. Wir haben in der letzten Nummer der Sila den Mitgliedern mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Verschmelzung des „Verbandes gegenseitiger Hilfe“ mit der Polnischen Berufsvereinigung, aussichtsvoll sind und hoffen lassen, daß die Verschmelzung in kurzer Zeit erfolgt. Heute können wir den Mitgliedern mitteilen, daß sich unsere Hoffnungen erfüllt haben. Am 3. Januar fand in Königshütte eine Versammlung des Vorstandes und Aufsichtsrats des Verbandes zur gegenseitigen Hilfe sowie der Vertreter der Polnischen Berufsvereinigung, der Kameraden Sosiński, Bochum und A. Piotrowski-Posen, zwecks näherer Verständigung über die Verschmelzungsangelegenheit der Organisationen statt. Nach längerer Diskussion wurde folgendes beschlossen:

Der Vorstand und Aufsichtsrat des Verbandes zur gegenseitigen Hilfe sind grundsätzlich mit der Verschmelzung der Verbände einverstanden, sie machen jedoch letztere aus taktischen Gründen noch von der Ausarbeitung gemeinsamer Satzungen und der Zustimmung der Generalversammlung abhängig.

Dieser Verlauf der Sache ändert den Plan unserer künftigen Tätigkeit insofern, als diese nicht, wie zunächst beschlossen, den vereinigten zwei, sondern drei Verbänden angepaßt werden muß. Am 10. Januar fand dann eine Versammlung des Vorstandes und Aufsichtsrats der polnischen Berufsvereinigung statt, die den in Königshütte gefaßten Beschluß freudig begrüßte und beschloß, der nächsten Generalversammlung, die sich aus den drei vereinigten Verbänden zusammensetzen wird, die Gründung besondrer Gruppen der Bergarbeiter, Hüttenarbeiter, Fabrikarbeiter und Handwerker mit eignen Vertretungen vorzuschlagen. Ein Hauptvorstand soll die Tätigkeit der einzelnen Gruppen überwachen.

Es wäre daher, wie wir schon in der vorigen Nummer der Sila gesagt haben, erwünscht, schon beizeiten dahin zu wirken, daß in den einzelnen Zahlorten Berufsfilialen gegründet werden. Die Vereinigung der beiden polnischen Berufsverbände hat die Arbeit im Zentralbureau vermehrt. Wenn nunmehr der Selbsthilfeverband angeschlossen wird, dann wird sich die Arbeit noch mehr vergrößern. Aus diesem Grunde ist der Kamerad Sosiński von der Arbeit als Redakteur unseres Organs enthoben und der Kamerad Manfowski mit dieser betraut worden. Schon früher hat die Laufitz einen Beamten verlangt. In kurzer Zeit wird deshalb in der Laufitz ein neues Sekretariat gebildet werden. Mit diesem Amt ist der Kamerad Reguiski aus Berlin betraut worden. Das Sekretariat in Berlin ist dem Kameraden A. Piotrowski aus Posen übertragen. Auf diese Weise ist die Arbeit verteilt, und wir hegen die Hoffnung, daß auch die Kameraden mit dieser zufrieden sein werden.

Die Statuten sollen gemeinschaftlich von Personen, die von den einzelnen Verbänden gewählt worden sind, ausgearbeitet werden. Sofern die Statuten ausgearbeitet sind, werden wir sie in unserm Organ ver-

öffentlichen. In dem „Selbsthilfeverbande“ muß zuerst eine besondere Generalversammlung stattfinden, da die Mitglieder dieses Verbandes ihrem Vorstande bis jetzt noch keine Vollmacht erteilt haben, sich mit der polnischen Berufsvereinigung zu vereinen. Erst nach der Generalversammlung des Selbsthilfeverbandes kann eine gemeinsame Generalversammlung der vereinigten polnischen Verbände stattfinden.

Die Nachricht über die in kurzer Zeit stattfindende Vereinigung der „Selbsthilfe“ mit der polnischen Berufsvereinigung ist von der gesamten polnischen Presse und unsrer Gesamtheit mit großer Zufriedenheit aufgenommen worden. Mit kaum geringerer Freude werden auch die polnischen Arbeiter diese Nachricht aufnehmen; denn wenn es irgend jemand angeht, so geht es gerade uns Arbeiter am meisten an, daß wir ein Ganzes bilden.

Kameraden! Dieser kleine Fortschritt in der gemeinsamen Arbeit möge uns ein Ansporn zu noch energischerer Arbeit und zum Werben von neuen Mitgliedern für die polnische Berufsvereinigung sein. Die Kameraden in der Provinz und in der Fremde fordern wir auf, jetzt mit neuem Mute und neuer Ausdauer an der Aufklärung unserer Mitbrüder zu wirken.

Der Zentralvorstand.

Aus Nr. 23 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 29. Januar 1909:

Ein neuer Sokolverein.

Im Klauschen Saale in Erkenschwid ist ein neuer Sokolverein gegründet worden. Es ließen sich 36 Kameraden als Mitglieder aufnehmen.

In den Vorstand wurden gewählt:

Fr. Krawiec, Vor.,
Ludw. Gierlinski, Schriftf.,
Karl Strzezyński, Kass.,
Joh. Zaremba, Turnw.

Die Versammlungen werden an jedem ersten Sonntag jeden Monats nachmittags 4 Uhr, stattfinden.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen)

vom 15. Januar 1909:

Düsseldorf.

Der Verein hielt im Laufe des Jahres 13 Sitzungen ab. Davon waren zwei Generalversammlungen und eine Sitzung zu Ehren des polnischen Dichters Adam Mickiewicz. Vergnügungen und Umzüge veranstaltete der Verein sechs, und zwar ein Winter- und Sommervergnügen, einen Ausflug, ein Stiftungsfest, ein Herbstvergnügen und ein Weihnachtsfest. Der Verein nahm auch tätigen Anteil an allen Festlichkeiten der Brudervereine. Im Laufe des Jahres gewann der Verein 53 neue Mitglieder. Es sind ausgeschieden oder verzogen in fremde Gegenden 11 Mitglieder, wegen Nichtbezahlung des Beitrags sind 36 Mitglieder gestrichen worden, es bleiben für das laufende Jahr 56 tätige Mitglieder.

Zu den Sitzungen erschienen durchschnittlich 27. Verschönt wurden die Vereinsitzungen durch Vorlesungen, Deklamationen und Gesänge. Im ganzen wurden 18 Vorlesungen und 2 Vorträge abgehalten. Von den Vorträgen war der eine der Kirchengeschichte, der andere der Weltgeschichte entnommen. Es wurden 17 Deklamationen vorgetragen, davon 3 von Damen. Die Vereinsvergnügungen waren immer durch Schau- turnen, Scheibenschießen, Theater usw. verschönt. Beim

Stiftungsfeste beehrte uns der Gesangsverein „Polonia“ mit seinem Chorgefang. Der Ausflug nach Grath gestaltete sich sehr vielseitig durch Straßenumzug, Gartenkonzert, Tanz, Scheibenschießen, Kegeln, Spiele im Freien für Erwachsene und Kinder, alles um Preise. In der Nacht ging es bei den Klängen der Musik nach dem Bahnhof, von wo die Abreise nach Hause erfolgte. Beim Stiftungsfest wurde um Preise geturnt. Den ersten Preis erhielt Kamerad Dawidzinski, den zweiten Kulczynski aus Bruckhausen, den dritten Ryterski aus Bruckhausen. Am Gaudiumtag in Duisburg-Bef nahm unser Verein mit 18 turnenden Mitgliedern teil. Dem verstorbenen Kameraden J. Dykavow verehrte der Verein ein Grabdenkmal. Dem neugegründeten Verein „Sokol“ in Hilden schenkte unser Verein einen Schrank. Das Weihnachtsfest wurde auch ziemlich glänzend gefeiert; gespielt wurde das Theaterstück „Bartholomäus in der Vorhölle“. Das Publikum verließ mit angenehmen Erinnerungen den Saal und wünschte dem Verein ein gutes Wachstum. Unser Verein hatte 552,59 Mk. Einnahmen und 335,88 Mk. Ausgaben, es verbleibt ein Reingewinn von 216,71 Mk., dazu kommen noch aus den verflossenen Jahren 150,00 Mk. Das Vereinsvermögen beträgt demnach 366,71 Mk. An Turngeräten besitzt der Verein: 1 Reck, 1 Barren, 2 Matratzen, 1 Sprunggestell, 8 Sprungstangen, 14 Turnstäbe, 16 Keulen, 1 Schrank und 1 Pferd, das schon bestellt ist. Zum Vorstand gehören: Witkowski, Vorsitzender, J. Szufala, Stellvertreter, W. Kalwinski, Schriftführer, A. Magdziarz, Stellvertreter, Fr. Gonerzki, Kassenwart, J. Najm, Bibliothekar, Kosicki, Stellvertreter, T. Szymt, Turnwart, Kosicki, Unterturnwart. Kassenrevisoren sind: A. Magdziarz, Rajdowski, Jessa.

J. Witkowski, Vorsitzender, Stahlstr. 39.
W. Kalwinski, Schriftwart, Höhenstr. 14.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen)
vom 15. Januar 1909:

Großenbaum.

Die Generalversammlung fand am 6. Dezember 1908 statt. Im Laufe des Jahres wurden 14 Monatsversammlungen mit Vorlesungen und 2 Generalversammlungen abgehalten. Zu Anfang des Jahres zählte der Verein 35 Mitglieder, hinzugetreten sind 18. Von diesen zogen in die Heimat 2, aus Anlaß des Arbeitswechsels schieden 2 aus, zum Militär traten 4 ein, wegen Nichtbezahlung des Beitrags wurden 25 gestrichen. Es verblieben also 18 zahlende Mitglieder. Einnahmen hatte der Verein von seiner Gründung am 15. September 1907 bis 6. Dezember 1908 525,68 M., Ausgaben 435,58 M. In der Kasse verblieben 90,10 M. Der Verein veranstaltete 2 Vergnügen mit Theateraufführungen humoristischen Inhalts. Auch ein Ausflug (15 km) wurde unternommen. Teilgenommen hatten daran 10 Kameraden. Wir haben 12 übende Mitglieder. Der Verein nahm teil am Gau- und Verbandsturntage. In den Vorstand gehören: Wladislaus Mozkowsky, Vorsitzender. Johann Sknyperet, Schriftwart. Andreas Paszek, Kassenwart. Johann Bielarczyk, Turnwart. Johann Skrzypczak, Unterturnwart. In den Rat sind gewählt: Josef Gil, Katharina Grzefinska und Thomas Pawlik. Kassenrevisoren sind: Stanislaus Grzefinski und Thomas Pawlik.

Alle Schreiben, die den Verein betreffen, sind zu senden nur zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers.

Wl. Mozkowsky,
Vorsitzender.

Koloniestraße 29.

Johann Sknyperet,
Schriftwart.

Angermünder Straße 240.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen)
vom 15. Januar 1909:

Holthausen.

Die Jahresversammlung, an der 14 Mitglieder teilnahmen, fand am 27. Dezember 1908 statt. Zum Vorsitzenden ist gewählt worden Kamerad Johann Pietryga, zu dessen Stellvertreter Andreas Mikolajczak, zum Schriftwart Ignaz Pawlak, zum Stellvertreter Johann Tomczak, zum Kassenwart Stephan Piwojsz, zum Stellvertreter Jg. Durak, zum Turnwart Jg. Tomczak, zum Unterturnwart Johann Smiejczak. — Wegen polizeilicher Schwierigkeiten konnte der Verein sich nicht entwickeln; die Polizei verbot den Gastwirten, dem Verein zu Übungszwecken den Saal zu überlassen. Trotz dieser Schwierigkeiten zählt der Verein 30 Mitglieder; davon sind 8 aktiv und 22 inaktiv. Der Verein besitzt eine Matratze, einen Barren und ein Gewehr. In der Kasse verblieben 33,18 Mk. Die Übungsabende finden am Montag und Donnerstag und die Versammlungen am letzten Sonntag eines jeden Monats, nachmittags um 2 Uhr statt. Der Vorstand.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 11 des Przedswit (Krajan)
vom November 1908:

Aus den Geheimnissen der Ochrana (Geheimpolizei) und der Provokation.

Aus dem uns gelieferten reichlichen Material über die Tätigkeit der russischen Gendarmerie holen wir wiederum zwei charakteristische Einzelheiten hervor, die ein Licht auf die Wege werfen, auf denen wertvolle Nachrichten an die Polizei gelangen.

Im Jahre 1903 erhielt Rittmeister Peterson, der nach Warschau entsandt worden war, um die Zentralinstitutionen des „Bundes“ zu entdecken, von der Ochrana in Kijew die Information, daß sich in Lodz ein gewisser Szejnerow, ein russischer „Sozialist und Revolutionär“ niedergelassen habe, der dort eine gewisse konspiratorische Tätigkeit entfalten solle.

S. wurde unter Beobachtung gestellt, indem alle seine Verhältnisse und Briefe, die an ihn gelangten und von ihm verandt wurden, kontrolliert wurden. Diese Nachforschung ergab keine Resultate. S. besaß die Vertreterschaft verschiedener russischer Handelsfirmen, er bezog auch Waren aus dem Auslande, er hatte ausschließlich nur im Handel Bekanntschaften, und wenn er an irgend welchen Versammlungen teilnahm, so waren es nur zionistische Versammlungen. Peterson zog den Schluß, daß die Informationen aus Kijew auf irgend einem Mißverständnis beruhten oder einfach falsch waren.

Inzwischen trifft von der Ochrana aus Kijew ein chiffriertes Telegramm folgenden Wortlauts ein: „Aus Kijew nach Lodz fährt eine Persönlichkeit um Geheimschriften.“ Natürlich wurde die Nachforschung erneuert, und es zeigte sich, daß aus Kijew tatsächlich irgend ein Individuum (wie es scheint, Iwanow) eintraf, sich vom Bahnhof direkt zu Szejnerow begab und aus seiner Wohnung mit einem Reisefoffer abreiste. Er wurde in Warschau verhaftet, und unter seinen Sachen wurde eine bedeutende Anzahl sozialistischer Publikationen gefunden. In derselben Nacht wurde S. revidiert und verhaftet, und erst damals wurde entdeckt, daß er „Geheimschriften“ aus dem Auslande in Eischränken bezog, die doppelte, innen mit Torf ausgefüllte Wände besaßen. Die Stelle des Torfes nehmen Geheimschriften ein, die an Ort und

Stelle herausgenommen, durch wirklichen Torf ersetzt und dann als Eischränke allein in ganz legaler Weise verkauft wurden.

Auf diese Weise geriet eine Parteinstitution, die sehr konspiratorisch eingerichtet war, in die Hände der Gendarmen nur dank dem Umstande, daß offenbar irgendwelche unberufene und nicht konspiratorische Personen Kenntnis von ihr hatten, von denen diese Kenntnis Provokateuren übermittelt wurde.

Die zweite Tatsache war: Die Rolle, welche Gerszun in der Kampforganisation der sozialistischen Revolutionäre spielte, war der Gendarmerie lange vor dessen Verhaftung bekannt.

Da auf seine Festnahme außerordentlich großer Wert gelegt wurde, wurden im ganzen Reiche mehrere Tausende seiner Photographie verbreitet, und es wurde für seine Entdeckung eine Belohnung von 10000 Rubeln zugesagt. Das regte die Energie der „Ziloren“ (?), der Provokateure usw. zu nie dagewesenem Umfang an. Die Kunde von dem Auftauchen des G. in einer Stadt führte dazu, daß jede Untersuchungstätigkeit eingestellt und nur der verfolgt wurde, der mit der doppelten Aureole eines Revolutionärs umgeben war. Eine Menge Personen wurden festgenommen, triumphierend wurde hiervon Mitteilung den höheren Behörden gemacht, die eintrafen, um den verhassten Feind zu besichtigen, und „unverrichteter Sache“ zurückkehrten, nachdem sie den Untergebenen ihre Unzufriedenheit entsprechend und empfindlich kundgegeben hatten. Am häufigsten wurde Warschau alarmiert, weil vermutet wurde, daß Gerszun auf diesem Wege ins Ausland zu reisen pflegt. Einmal wurde aufgrund des unbestimmten Gerüchts, daß G. aus dem „südwestlichen Landesteil“ (aus der Ukraine) reist, die ganze Bahnlinie Moskau-Brzesc und die Weichselbahn mit Agenten — ohne den geringsten Erfolg — besetzt.

Inzwischen erfuhr Rittmeister Spirydowicz, der damalige Vorsteher der Dchrana in Kijew nach der Ermordung des Gouverneurs von Ufa Bogdanowicz, von einem seiner geheimen „Mitarbeiter“, einem sozialistisch-revolutionären Provokateur, daß in Kijew ein wichtiger Parteiagitator eintreffen solle. Diese Nachricht war sehr unbestimmt: der „Mitarbeiter“ hatte im Bureau die ins Ohr geflüsterte Nachricht gehört, daß jemand aus Ufa eintreffe und daß dieser seine Ankunft schon telegraphisch mitgeteilt habe.

Diese Angaben genügten, daß der Verdacht aufkam, dieser Ankömmling könne G. sein, umso mehr als der Gendarm Niednikow, der in Ufa die Nachforschungen leitete, telegraphisch warnte, es sei nicht ausgeschlossen, daß G. nach Kijew reisen werde. Sofort wurden alle Bahnhöfe und Bahnlinien mit Agenten besetzt und alle Züge genau untersucht. Und trotz alledem wäre G. ent schlüpft, denn die Agenten konnten ihn unter den Passagieren nicht erkennen. Er hatte nämlich die Mütze eines Wege- und Verkehrsbeamten und in dieser Verkleidung wurde er nicht bemerkt. Als er aber den Bahnhof verließ, bückte er sich unter dem Schein, daß er seinen Stiefel in Ordnung bringe, und sah sich um, ob er nicht beobachtet werde. Dieser seitwärts geworfene Blick verriet ihn, weil sein Blick auf der Photographie nachgebildet und in der Beschreibung als ihn charakterisierendes Kennzeichen hervorgehoben war. Dieses wurde von einem der Agenten bemerkt, die alle Passagiere aufmerksam beobachteten, und veranlaßte seine Verhaftung.

Auch in diesem Falle wurde die Verhaftung, die ein schwerer Schlag für die revolutionäre Bewegung war, nur durch die Unvorsichtigkeit eines Genossen ermöglicht, der damit nicht gerechnet hatte, daß außer den unmittelbar beteiligten Personen niemand in der

Lage sein darf, irgend eine konspiratorische Nachricht zu hören.

Die Ziloren (?), die sich an der Festnahme Gerszuns beteiligt hatten, erhielten 10000 Rubel; Spirydowicz aber erhielt, obgleich er erst 29 Jahre alt war und seit 6 Monaten Rittmeister war, den Rang eines Unterobersten. Die Flucht des Gerszun, die später erfolgte, galt in den Bureaus der Dchrana als keine geringere Niederlage als die Bekanntmachung der Verfassung am 30. Oktober.

Aus Nr. 31 des Naprzód (Kraſau)
vom 20. November 1908:

Der östliche Nachbar.

Während heute die Wiener Journalisten Österreich damit schrecken, daß 8000 Montenegriner (!) kampfbereit in irgend welchen Schluchten stehen, und daß die montenegrinischen Kanonen auf das Städtchen Cattaro gerichtet sind, lohnt es sich, die Aufmerksamkeit auf eine andere Grenze zu richten, nämlich auf die nord-östliche. Uns scheint es so, als ob Österreich seitens der Helden, die Europa aus den Kuplets in der „Luftigen Witwe“ genügend bekannt sind, keine allzu große Gefahr droht. Die wahrhaft große Gefahr liegt im Nord-Osten, bei den Protektoren des Balkanabenteuers.

Und deshalb wollen wir heute einige Worte einer Erscheinung widmen, die wir hier, auf unserem Grund und Boden, in Kraſau und in Galizien sehen, die aber anscheinend bis jetzt niemanden allzusehr interessiert hat, da sie andrerseits in Galizien allgemein bekannt sein mußte. . . .

Galizien ist seit langer Zeit mit russischen Spionen überschwemmt. Es ist direkt schwer zu verstehen, mit welcher Freiheit sich hier die Agenten der Warschauer „Dchrana“ bewegen; sie besetzen hier die Bahnhöfe, stehen in Lemberg und in Kraſau in unerhört frecher Weise an den Straßenecken und zwar „auf Warschauer Art“ und veranstalten Verfolgungen und Reisen nach Zakopane und nach der Provinz.

Im Frühjahr kam der Gendarmerie-Oberst Amienkow nach Kraſau, nach ihm der Chef der Dchrana — Zawarzin — und ein höherer Beamter der Dchrana — Aristow — fühlt sich hier wie zu Hause. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß sich sogar der Warschauer Ober-Polizeimeister Meyer in Kraſau aufhält.

Im Osten des Landes haben manche Russenfreunde sogar die Rolle von Spionen übernommen, und die Affäre des in Lemberg verhafteten Monczalowski ist eine sprechende Illustration hierfür.

Die Warschauer Spiegel erscheinen in den Straßen Kraſaus und Lembergs, in Zakopane und in der Provinz und hören die Befehle ihrer Vorgesetzten an. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß dieses ganze Spionagengeschäft hier in Galizien in einer Hand konzentriert ist und zwar in Kraſau oder in Lemberg.

Manch einen könnte dies alles empören und zu der Frage veranlassen:

„Und wozu ist denn eigentlich die österreichische Polizei da?“

Um diese ganz natürliche Frage beantworten zu können, muß man eine Sache verstehen. Es existiert ein konfidentielles, wohlwollendes Einverständnis zwischen der ganzen Polizei des Kontinents. Die Zeiten sind noch nicht lange vorüber, daß der Kraſauer Oberpolizist Jan Kostrzewski für seine nach Rußland gesandten Informationen und Memorialie russische Orden erhalten hat. Daß er für Warschau in Kraſau

agents provocateurs warb, daß er österreichische Bürger in Rußland denunzierte!

Dieser wahrhafte „Ebirre in Pension“ hat sich unlängst erfrecht, für den Gemeinderat in Podgorz zu kandidieren, so sicher war er seiner selbst und der Seinigen. . . .

Und die in ihrem Grauen abscheuliche Affaire des ekelhaften agent provocateur Hedinger! Es ist dies auch noch nicht so lange her, als daß wir nicht daran denken sollen.

Die wohlwollende Haltung der österreichischen Polizei gegenüber der russischen stammt aus den noch nicht lange verschwundenen Zeiten, als Österreich ausschließlich ein Polizeistaat war, als der Hauptzweck der Polizei der war, die Sozialisten auszurotten.

Daß ein russischer Agent auf fremdem Gebiete jagte, das machte der österreichischen Polizei nicht viel aus, denn er jagte ein Wild, das keinen Schutz fand, nämlich die Sozialisten.

Wir erinnern uns daran, daß der berühmte preußische Kommissar Mäbler aus Kattowitz vor 3 Jahren seine Verfolgungen bis nach Wadowice ausdehnte, also auf österreichischem Gebiet tätig war, und niemand hinderte ihn hieran.

Es handelte sich hier ja um einen gemeinsamen Feind, um die verfluchten polnischen Sozialisten.

Wie viel Unglück ist infolge dieser ungesegneten Jagd über die polnische Arbeiterklasse gekommen, wir wollen heute auch nicht anführen, wie viele Verbrechen auf diese Art begangen worden sind. Wir rufen niemandes Mitgefühl an.

Aber in den letzten Zeiten sind sichere Anzeichen dafür vorhanden, daß das massenhafte Auftreten der russischen Spione auch noch andere Zwecke im Auge hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir es hier gleichfalls mit militärischer Spionage zu tun haben, daß sich in Galizien Elemente ansammeln, die einzig und allein dem russischen Generalstab notwendig sind.

Deshalb sind wir der Meinung, daß der Mangel an Interesse auf diesem Gebiete bei der österreichischen Polizei nicht länger anhalten wird. Wir wollen an eine gewisserte vergrößerte Energie der österreichischen Polizei gegenüber jenen Gruppen von Spionen glauben, die in Krakau und in Lemberg operieren. Die Sache ist schon allzu grell ans Tageslicht getreten, als daß die österreichische Polizei sie nicht wahrnehmen sollte. Wenn indessen noch ein besonderer Ansporn nötig sein sollte, so wird sich auch dieser finden. Noch ist Galizien keine russische Provinz und wir werden niemandem gestatten, diese Tatsache zu vergeßen.

Aus Nr. 323 des Naprzód (Krakau)

vom 22. November 1908:

Spione.

Der Artikel in Nr. 321 des Naprzód „Der östliche Nachbar“ hat die Aufmerksamkeit auf eine sehr wichtige Angelegenheit gelenkt. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß die russischen Spione, von denen es in Galizien wimmelt, doppelte Funktionen ausüben. Sie überwachen die Emigranten aus dem Königreich und aus Rußland und sammeln zugleich Material, das für den russischen Generalstab notwendig ist. Die russische Regierung wäre ja übrigens auch dumm, wenn sie die sympathische Atmosphäre, die die Befürworter der Revolutionäre umgibt, nicht ausnützen und sie für ihre militärischen Zwecke nicht ausbeuten wollte.

Spione, die offen auf den Straßen Krakaus Leute photographieren, die aus dem Königreiche stammen, werden mit der gleichen Frechheit auch alles das

photographieren, was für den Zarowitz vielleicht nebensächlich, für den russischen Generalstab aber immerhin von einiger Wichtigkeit ist.

Aus Nr. 201 des Goniec (Lemberg)

vom 29. November 1908:

Was bringt der Tag?

Ich habe noch niemals gehört oder gelesen, daß wir Polen jemals gute Karikaturisten gewesen sind. Und dennoch haben wir auch auf diesem Gebiete Europa überflügelt, von der Türkei angefangen und mit Portugal endend.

Es ist nämlich in Lemberg eine Organisation zum Boykott der preussischen Waren entstanden. Es ist dies eine Offensiv-Institution, der Titel klingt sehr gut und sie verfolgt überhaupt sehr schöne und patriotische Zwecke. Deshalb haben sich auch in ihre Reihen Leute aufnehmen lassen, deren Namen auf dem Gebiet der nationalen Arbeit bekannt sind. Durch diese hat die Organisation ihre Bedeutung gewonnen. Man hat sie in Sektionen geteilt und hat die Statuten vorbereitet. Es schien demnach, daß die Boykottaktion in floribus ist, und daß auf die heimische Industrie Segen, Glück und Wohlergehen reich herabströmen würde.

Inzwischen haben aber die einheimischen Kaufleute gemeutert und danken für die Fürsorge der Boykottorganisation und zwar im Sinne des Gebetes: Herrgott, bewahre mich vor meinen Freunden, denn mit meinen Feinden werde ich allein fertig werden!

Und man kann sich über sie nicht wundern. Um unsere Kaufleute von der preussischen Konkurrenz zu befreien, legt diese Organisation ihnen einen solchen Strick um den Hals, daß auch ein zum Hängen bestimmter Strick ihnen die Kehle gar nicht besser zuschnüren könnte.

Nachstehend ein Proben eines dieser, um mich so auszudrücken, Kriminalparagrafen:

Bei dem betreffenden Kaufmann wird die Sektion durch eine zu diesem Zwecke gewählte Kommission eine gründliche Kontrolle vornehmen lassen, deren Zweck es ist, festzustellen, ob das Unternehmen deutsche Waren oder Rohstoffe führt.

Diese Untersuchung führt die Delegation durch und zwar durch Einsichtnahme der Bücher aller Art, durch Prüfung der Fakturen und Korrespondenzen der Firma, schließlich durch Besichtigung der Waren und Materialien.

Ein derartige außerordentliche Kontrolle kann die Sektion jederzeit bei der Firma ausüben.

Ich weiß nicht, lieber Leser, ob du die ganze Schamlosigkeit und Frechheit solcher Forderungen verstehst. Einige patriotische Macher, deren Rechte ex jure caduco herrühren, erklären, daß sie einen Rundgang bei den Kaufleuten vornehmen werden, daß sie die Kassbücher und Fakturen durchsehen werden, diese Fakturen, die für jeden Kaufmann das größte Heiligtum sind, die das Geheimnis seines Erfolges, seines Umsatzes und seines Kredits enthalten.

Um dir, lieber Leser, die Sache besser klar zu machen, bitte ich dich, über nachstehende Geschichte nachzudenken:

Es entstand in Lemberg bekanntlich die Liga der sozialen Moral. Wir schätzen sie sehr hoch und rufen ihr „Bravo“ zu. Aber diese Liga der sozialen Moral nimmt nun in ihre Statuten nachstehenden Paragraphen auf:

Bei dem betreffenden Bürger führt die zu diesem Zwecke von der Sektion gewählte Delegation eine

gründliche Kontrolle durch, ob dieser Bürger mit seiner Frau schläft, oder auch mit einer anderen Person weiblichen Geschlechts.

Diese Untersuchung nimmt die Delegation des Nachts vor und zwar durch Suchen im und unterm Bett, durch Suchen im Nachttisch und im Spinde, ferner durch Besichtigung der Nachtwäsche und des Lafens und durch körperliche Untersuchung des kontrollierten Bürgers.

Eine derartige außerordentliche Kontrolle kann die Section jederzeit ausüben.

Dies sind die 2 Paragraphen, einer von der Boykottoorganisation und der andere von der Liga für Moral; diese Paragraphen sind einander so ähnlich wie 2 Hühnereier von demselben Huhn, und im übrigen bin ich davon überzeugt, daß es mancher Kaufmann vorziehen würde, daß man ihm das Bett revidiert als die Kassenbücher und die Fakturen.

Auf die Art, wie es die Boykottliga tun will, kontrolliert man nicht Kaufleute und Bürger, sondern Verbrecher.

Ich werde auf die Sache nochmals zurückkommen.

St. Brandowski.

Aus Nr. 1 des Kraj (Petersburg)

vom 9. (22.) Januar 1909:

Das vergangene Jahr in Polen.

Die Zusammenstellung der Ereignisse und Veränderungen in den ganze Länder und Nationen umfassenden Bestrebungen ruft unwillkürlich den Eindruck hervor, daß sich daran eine gewisse leitende Hand, vielmehr ein Einfluß bestimmter Faktoren höheren Grades beteiligten. Die Menschheit hatte dieses Gefühl seit jeher, sie war der Ansicht, daß das Leben der einzelnen Personen und ganzen Nationen ein Trauerspiel in dem uralten Sinne dieses Wortes sei, daß es von der unerbittlichen Ananke regiert werde, an deren unwiderstehlichen Geboten die menschlichen Bemühungen, Bestrebungen und Werke zerbrechen. Diese Gebote kann keine bestimmte Wissenschaft durchdringen. Nur begeisterte Zukunftsdeuter und Wahrsager erhalten in seltenen Augenblicken die Offenbarung eines höheren Willens und verkünden diese meist zu dem Zweck, damit ihre Stimme ohne Widerhall verschalle und ihre Warnungen nicht befolgt werden.

Es kommt vor, daß die Ereignisse selbst und zwar deutlich und klar sprechen und doch versteht erst später, manchmal erst nach Jahrhunderten, nur die Geschichte diese Sprache. In dem Wirrwarr und den laufenden Bemühungen geht oft der geschichtliche Leitgedanke verloren, der auf die nächste Umgebung gerichtete Blick aber reicht nicht weiter, oder wenn es der Fall ist, so reicht er nur bis in das Gebiet der abstrakten, nicht direkt mit dem wirklichen Leben des Augenblicks verbundenen Ideen hin. Wir können uns nicht vom parteiischen oder gar vom allgemein-nationalen Standpunkte aus Rechenschaft über die polnische Geschichte des verflossenen Jahres ablegen. Wir können sie nur auf der breiteren Unterlage der jetzigen Geschichte der ganzen Menschheit erwägen. Weder unsere Nation, namentlich da sie der politischen Freiheit beraubt ist, noch irgendeine andere lebt nur für sich allein und kann so handeln, wie es diese oder jene ihrer Vertreter haben möchten. Ihre verantwortlichen Führer, wie überhaupt die Führer aller anderen Nationen, sind nicht frei. Auf ihnen ruht die geschichtliche Vergangenheit und in der Gegenwart müssen sie unter dem Einflusse unabwendbarer Einschränkungen handeln und sich in tragischer Weise in dem Netze bewegen, welches mächtigere

politische Faktoren spinnen. Wir sind weder in der Lage, noch haben wir die Möglichkeit, dieses Netz zu entwirren. Es muß genügen, auf einige dickere Fäden aufmerksam zu machen, die in gewissem Grade dem Ergreifen zugänglich sind.

Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß das europäische, also auch unser politisches Leben sich unter dem Zeichen des Wettbewerbes Englands und Deutschlands vollzieht, wiewohl dies die Staatsmänner an der Themse und Spree in Abrede stellen würden... Die Einflüsse dieser beiden Mächte kreuzen sich fast überall: am Bosporus und am persischen Meerbusen, in Peking und in Rom, an der Nawa und an der Donau. Jede von ihnen sucht nach einem Stützpunkt an verschiedenen Faktoren, bemüht sich, diese im eigenen Interesse auszunutzen, in das eigene Lager hinüberzuziehen, den eigenen Einfluß dadurch zu stärken. Mit der englischen Politik verbinden sich direkt oder indirekt die verschiedenartigsten Erscheinungen des inneren und äußeren Lebens der anderen Staaten und Völker, andere Erscheinungen dagegen haben eine weitere oder nähere Verbindung mit Berlin und seiner politischen, unter den Losungen „Deutschland über alles“ und „Macht geht vor Recht“ entwickelten Tätigkeit.

In dem allgemeinen Wirrwarr spielen unsere Nation und deren Führer notgedrungen eine passive oder eine Nebenrolle. Das verflossene Jahr hat sich an der Wiege Polens durch neue deutsche Gewalttaten, nämlich durch das Enteignungsgesetz und das Sprachengesetz, d. h. das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen, bemerkbar gemacht. Nur in der katholischen Kirche, die immerhin dem Staate gegenüber ihre grundsätzliche Selbständigkeit behält, darf die polnische Sprache ungestraft vom Altar und von der Kanzel herab erschallen und aus der Brust des versammelten Volkes im frommen Liede gen Himmel ertönen. Das Volk ist aber stark, hält auf dem ganzen polnischen Gebiete fest zusammen und besitzt in nationaler und gesellschaftlicher Hinsicht ein starkes Selbstbewußtsein. Unter dem deutschen Drucke erstarrte hier in Posen in dem letzten Jahre die slawische Bewegung. Von hier aus ergingen die sprechendsten Stimmen der Annäherung an Rußland, nicht an das erträumte und ideale Rußland, sondern an das Rußland, wie es heute mit Rücksicht auf die gemeinsame Gefahr, von der es sich früher oder später wird Rechenschaft ablegen müssen, wirklich ist.

Die Posener Ereignisse riefen einen lauten Wiederhall unter den österreichischen Slawen hervor und daraus entwickelte sich eine neu-slawische Aktion, die den Zweck hatte, den Kampf mit dem Germanismus und dessen politischen Bestrebungen in Rußland und in Österreich zu unternehmen, diese Aktion fiel mit den englischen Bemühungen, den Dreibund zu stürzen, Österreich-Ungarn von Deutschland loszureißen und es einer anderen Staatengruppe zuzuführen, zusammen... Es finden politische Veränderungen und Ereignisse statt, unter welchen die Schwenkung in der Politik der polnischen Dumafraktion, abgesehen von der neu-slawischen Aktion, eine bemerkenswerte Erscheinung in der Lage der russisch-polnischen Verhältnisse bildete, welcher man se soumettre oder se demettre hat müssen, wie die Franzosen sagen. Nur eine parteiische Kurzsichtigkeit kann in der eingetretenen Änderung das Ergebnis eines bösen oder falschen Willens der einzelnen Gruppen und Menschen erblicken und behaupten, daß man angesichts der beweinswerten Lage der Dinge in den polnischen Landen eine Schwenkung nicht vornehmen dürfe. Den Mißklang und die wirklich traurige Lage der Dinge im Königreich können wir nicht ableugnen. Verslogen sind die Hoffnungen, unsere gerechtesten Nationalforderungen können, und sei es

vorläufig auch nur im geringen Grade, nicht befriedigt werden, die gesellschaftliche Selbständigkeit kann nicht in richtiger und günstiger Weise in die Erscheinung treten und auf diesem grauen Hintergrunde des Druckes und der Abspannung mehren sich die Zersetzungserscheinungen, wie z. B. der Mariawitismus und die deutsche Eroberungssucht, die von den Staatsbehörden in merkwürdiger Weise gefördert wird. Wenn man hierzu noch die letzten Erscheinungen des Sichelisolierens der Juden von den Polen hinzurechnet, so erhalten wir ein dunkles Bild, das obendrein noch ab und zu durch brüderliche Zwistigkeiten beleuchtet wird.

Das vergangene Jahr war für das Königreich Polen ein ungünstiges, was wiederum mit der Weltkrisis in Zusammenhang zu bringen ist. Die etwas künstlich, wie überhaupt im ganzen russischen Reiche von dem Finanzministerium entwickelte Eisenindustrie fing mit dem Anfange des Jahrhunderts an zurückzugehen, und die späteren Krawalle taten das übrige. Auf dem Gebiete der Textilindustrie haben die Arbeitseinstellungen und Wirren die Existenzbedingungen der Unternehmungen erschüttert, welche in hohem Maße die Fähigkeit und Möglichkeit einbüßten, die russischen Märkte zu versorgen. Unter solchen Umständen mußte ein Rückgang in den Erzeugnissen und in der Arbeitszeit eintreten, und schließlich kam es auch zur Herabsetzung der Arbeitslöhne. Das vergangene Jahr machte sich gerade dadurch bemerkbar, daß die Arbeiter die in der Revolutionsperiode erreichten „Errungenschaften“ wieder einbüßten. Diese Lohnverminderung macht sich um so empfindlicher fühlbar, als wiederum infolge des Einflusses von Weltkonjunkturen die Lebensmittelpreise stiegen. Es muß hervorgehoben werden, daß das Los der Landarbeiter sich verbessert hat, obwohl sie sich der Agitation der Klassenzwistigkeiten nicht hingaben. Trotzdem das letzte Jahr für die Landwirtschaft nicht allzu günstig war, hat die erwähnte Besserung angehalten und gibt die Garantie für ihre Dauer.

Weiter nach dem Osten hin, in den westlichen Provinzen des Kaiserreichs, befand sich das polnische Element in äußerst ungünstigen Verhältnissen. Im Norden wurde ihm das in seinen Wünschen unerfüllliche und verblendete litauische Element entgegengestellt, im ganzen erwählten Lande aber eine mächtige polenfeindliche Agitation entwickelt, von deren Hauptstößen, z. B. dem berühmten Potchajowskischen Kloster, der grellste Rationalhaß verbreitet wurde. Obwohl die Polen in Litauen und in Preußen zweifellos an der Spitze der Zivilisation stehen und geeignet sind, die Fortschritte dieser Länder günstig zu beeinflussen, ist der Kreis ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit und kulturellen Arbeit doch enger geworden.

Aber außer diesen negativen Erscheinungen haben wir auch positive zu verzeichnen. Vor allen Dingen geht es jetzt besser, als vor fünf, zehn oder vierzig Jahren. Ferner gibt sich die polnische Gesellschaft sowohl im Königreich Polen, als auch in den westlichen Provinzen keinen Täuschungen mehr hin, sie hat sich eng aneinander geschlossen, den Glauben an ihre Kräfte nicht eingebüßt, im Gegenteil ihn gestärkt und vertieft. Die nationalen Parteien sind sich auf dem Boden der realen Arbeit näher gerückt, die, sich nicht mehr auf schwülstige Losungen und Kundgebungen verlassend, überall, wo die Möglichkeit hierzu vorhanden ist,

positiv zum Ausdruck kommt. Namentlich in den westlichen Provinzen des Kaiserreichs liefert die polnische öffentliche Meinung bemerkenswerte Beweise der Überlegung und der Rücksichtnahme auf die Gegenwart.

Hierin steckt vielleicht die größte Kraft der Nationen und der Garantie für deren geschichtliche Tragödien. Wir müssen uns dem Schicksal ergeben, wenn wir es vermeiden wollen, daß wir in die Hände unserer Feinde fallen.

In Galizien hat sich das verflossene Jahr durch das Überhandnehmen der Räubereien unter den Ruthenen bemerkbar gemacht. Das Gaidamakentum trat in der scheußlichen Mordtat eines Wahnsinnigen im Palast des Statthalters, in dem Vorgehen der Vertreter Preußens bei den Wahlen, in dem Parlamente und in der Tagespresse in Erscheinung. Die galizischen Deutschen entwickelten eine polenfeindliche Bewegung, an der sich auch zum Teil die Juden, die sich zur Solidarität mit der polnischen Gesellschaft nicht bekennen, beteiligten.

Die Einführung des allgemeinen Stimmrechts bei den Wahlen zum österreichischen Reichsrate hatte die Beteiligung der breiteren Bevölkerungsschichten an dem politischen Leben veranlaßt. Auf der politischen Bildfläche erschienen in größeren Scharen die Volksparteiler und ihre Begegnung mit den realen Verhältnissen der parlamentarischen Arbeit rief eine günstige Änderung in deren Stimmung und Tätigkeit hervor. Dank den Bemühungen der Konservativen näherte sich bereits im Jahre 1907 der Klub der Volksparteiler der polnischen Fraktion, und im März v. J. ist der Eintritt der Volksparteiler in die Fraktion zur Tatsache geworden.

Da das allgemeine Stimmrecht im Sinne der Wiener Statisten ein Mittel gegen die Nationalitätszwistigkeiten und ein Faktor der Saatskonsolidierung sein sollte — welche Berechnungen jedoch täuschten —, so erwachte die föderalistische Idee Hohenwarths wieder aus der Vergessenheit. In Verbindung damit erstarkte in Galizien das Bestreben, den Wirkungskreis der Autonomie zu erweitern, was auch in den Beschlüssen des letzten Landtages in Erscheinung trat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Selbständigkeit der polnischen Gesellschaft in Galizien auf kulturellem Gebiete von recht günstigen Erfolgen gekrönt war. Das verflossene Jahr wird von der Nachwelt als ein in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht günstiges bezeichnet werden. Leute, die heute von dem Elend und der Verbohrtheit Galiziens reden, haben von den in den letzten Jahrzehnten vorgekommenen Veränderungen keine Ahnung.

Aus Amerika endlich, aus den Vereinigten Staaten und aus Parana gehen uns Nachrichten zu, daß das Polentum allmählich an Kräften und Kulturmitteln zunimmt, daß es in vollster Zuversicht und in dem festen Glauben an seine Zukunft lebt, daß es zielbewußt arbeitet und das alte Heimatland nicht vergißt. Im vergangenen Jahre schlossen sich zahlreiche polnische Vereine zusammen, die Ernennung eines Bischofs aber für die polnischen Parochien trug zur Wiederherstellung der Ordnung in dem religiösen Leben der polnischen Siedelungen nicht wenig bei.

Ohne vergebliche Klagen und Schmerzen wollen wir tapfer, ruhig und beharrlich das neue Jahr begrüßen.